

3. Sitzung

am Dienstag, dem 30. August 2011

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung 18

Fragestunde

- 1. Gefährdung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte an der Grundschule Andernacher Straße durch Asbeststaub?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonther, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juli 2011 18
- 2. Gewaltkriminalität im Rahmen von Diskothekenbesuchen**
Anfrage der Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Juli 2011 19
- 3. Verstöße gegen die Umweltzone**
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. August 2011 20
- 4. Städtebauliche Entwicklung Hemelingens**
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. August 2011 21
- 5. Wildwuchs auf Geh- und Radwegen**
Anfrage der Abgeordneten Senkal, Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 12. August 2011 23
- 6. Liegeplatz des Konzertschiffes „Treue“**
Anfrage der Abgeordneten Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 12. August 2011 23

7. Verlagerung des Firmensitzes von Hansa Heavy Lift
 Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Strohmann, Röwekamp
 und Fraktion der CDU vom 15. August 2011 25

8. Polizeistation Weserpark
 Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Hinners, Strohmann, Röwekamp
 und Fraktion der CDU vom 16. August 2011 28

9. Planfeststellungsverfahren „Oldenburger Kurve“
 Anfrage der Abgeordneten Frau Hiller, Gottschalk, Frau Garling, Tschöpe
 und Fraktion der SPD vom 24. August 2011 30

Aktuelle Stunde 31

**Sichere Querungsmöglichkeit an der Kreuzung
 Wachmannstraße/Carl-Schurz-Straße**

Antrag der Fraktion der CDU
 vom 30. August 2011
 (Neufassung der Druckache 18/18 S vom 18. Juli 2011)
 (Drucksache 18/25 S)

Abg. Frau Grobien (CDU) 31
 Abg. Hamann (SPD) 32
 Abg. Rupp (DIE LINKE) 33
 Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) 33
 Senator Dr. Lohse 34
 Abstimmung 35

Sitzungen der Stadtbürgerschaft übertragen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
 vom 16. August 2011
 (Drucksache 18/19 S) 35

Stundenkürzungen an Schulen zurücknehmen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 19. August 2011

(Neufassung der Drucksache 18/20 S vom 16. August 2011)

(Drucksache 18/22 S)

Lehrerstundenzuweisung: Transparenz herstellen und Unterricht sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. August 2011

(Drucksache 18/24 S)

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	35
Abg. Dr. vom Bruch (CDU)	37
Abg. GÜNGÖR (SPD)	38
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)	40
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	41
Abg. Dr. vom Bruch (CDU)	42
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)	42
Senatorin Jürgens-Pieper	43
Abstimmung	45

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1

vom 18. August 2011

(Drucksache 18/21 S)	46
----------------------------	----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Imhoff, Frau Schön, Frau Mahnke.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Schön**
Vizepräsident Ravens**Schriftführerin Hiller**
Schriftführerin Mahnke
Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 3. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Fernreisebusse am ZOB
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. August 2011
(Drucksache 18/23 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der September-Sitzung.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Eigentlich hätte ich jetzt Frau Bürgermeisterin Linnert zum Geburtstag gratuliert, wenn sie denn da wäre. Ich mache es in Abwesenheit, aber der Kollegin Frau Hoppe möchte ich ganz herzlich zu ihrer Hochzeit gratulieren. Es ist schön, dass sie die Flitterwoche mit uns verbringt! Ich gratuliere Ihnen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Gefährdung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte an der Grundschule Andernacher Straße durch Asbeststaub?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonther, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Informationen liegen dem Senat darüber vor, dass vor den Sommerferien an der Grundschule Andernacher Straße aufgrund von Bauarbeiten Asbeststaub freigesetzt wurde?

Zweitens: Inwieweit hat hierdurch eine Gefährdung für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte der Schule bestanden?

Drittens: Welche Vorsorge wird vom Senat getroffen, um eine Gefährdung von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften durch Bauarbeiten an Schulgebäuden grundsätzlich auszuschließen?

Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Juni 2011 wurde im Auftrag von Immobilien Bremen an der Schule an der Andernacher Straße mit den Sanierungsarbeiten an der Außenfassade begonnen. Nachdem hierbei durch den Gerüstaufbau einige der zu entfernenden asbesthaltigen Platten beschädigt wurden, unterbrach die beauftragte Sanierungsfirma die Arbeiten umgehend und erstattete die nach Gefahrstoffverordnung vorgeschriebene Anzeige an die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen. Vor Ort konnte durch Vertreter der Gewerbeaufsicht und des Gesundheitsamtes festgestellt werden, dass die technischen Regeln der Gefahrstoffverordnung zur Staubvermeidung bei der Asbestsanierung eingehalten waren. Eine Freisetzung von Asbeststaub konnte nicht festgestellt werden. Sowohl im Außen- als auch Innenbereich konnten keine Asbestfasern gemessen werden.

Zu Frage 2: Es hat zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte durch Asbeststaub bestanden. Nach Wiederaufnahme der Arbeiten wurden alle Platten vor der Zerkleinerung zur Staubvermeidung eingesprüht und anschließend versiegelt und fachgerecht entsorgt. Zusätzlich wurde die Fassade ge-

gen den Innenraum umfangreich abgedichtet. Nachträgliche Messungen konnten keine Belastung mit Asbestfasern feststellen.

Zu Frage 3: Je nach Gefahrenpotenzial wird neben den grundsätzlich zu benennenden Schadstoffbeauftragten ein Ingenieurbüro für die Überwachung der Schadstoffentsorgung beauftragt, um dafür Sorge zu tragen, dass alle gesetzlichen Anforderungen bei den Sanierungsmaßnahmen eingehalten werden. Grundsätzlich erfolgen Sanierungsarbeiten in enger Abstimmung mit den beteiligten Schulleitungen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank! Ich bin sehr froh, dass es so ist, wie Sie gesagt haben!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Gewaltkriminalität im Rahmen von Diskothekenbesuchen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das Osnabrücker Projekt „Gewalt bleibt draußen!“ zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität im Rahmen von Diskothekenbesuchen, welches in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 10. Juni 2011 vorgestellt wurde?

Zweitens: Gibt es bereits ein ähnliches Projekt, mit dem gegen die Gewaltkriminalität in Bremen vorgegangen wird?

Drittens: Plant der Senat ein ähnliches Projekt, und wie könnte ein ähnliches Projekt in Bremen realisiert werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die in dem Projekt enthaltenen Maßnahmen können aus Sicht des Senats dazu beitragen, Gewaltdelikte im Zusammenhang mit Dis-

kotheken- und Gaststättenbesuchen zu reduzieren. Sie können außerdem das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung positiv beeinflussen. Dem Senat liegt allerdings noch kein Erfahrungsbericht über das Projekt vor.

Zu Frage 2 und 3: Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen im Jahr 2006 auf der Bremer Discomeile hat der Senator für Inneres und Sport eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat dann ein Konzept zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität auf der Discomeile erstellt und umgesetzt. Im Mittelpunkt stehen der verstärkte polizeiliche Dauereinsatz am Wochenende sowie das sozialpädagogische Projekt „ProMeile“. Die Ergebnisse des Osnabrücker Konzepts werden ausgewertet und für die Fortentwicklung des bremischen Konzepts genutzt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Ich finde es zunächst einmal gut, dass Sie als Senator für Inneres und auch die Polizei diesem Projekt positiv gegenüberstehen. Meine Frage lautet: Hat es schon Kontaktaufnahmen zu der Szene der Diskothekenbesitzer gegeben, denn hier geht es darum, dass eine Vereinbarung zwischen Polizei und Diskothekenbesitzern hinsichtlich eines Hausverbots getroffen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, Sie ahnen es, dass wir in der letzten Woche rein zufällig mit den Diskothekenbetreibern zusammengesessen und die verschiedenen Fragen diskutiert haben. Das Osnabrücker Konzept zeichnet sich dadurch aus, dass es eine freiwillige Kooperationsvereinbarung unter den Betreibern darstellt. Wenn man sich das Konzept anschaut, dann sieht man, darin gibt es viele Dinge, die auch in Bremen Standard sind, das heißt, das Vorgehen der Polizei mit einer ganzen Anzahl von Maßnahmen, die bereits meine Vorgänger eingeführt habe. Es ist nicht so, dass wir bei null beginnen.

Es sind viele Dinge verändert worden. Die Waffenverbotszone ist hinzugekommen, eine höhere Kontrolldichte und vieles andere mehr. Das ist die eine Seite. Die Diskothekenbetreiber in Osnabrück haben sich auf der anderen Seite aber zum Beispiel auch darauf verständigt, wenn jemand Hausverbot in der Diskothek A bekommt, dass er dann auch nicht mehr in die anderen Diskotheken gehen kann, eine Sache, die wir beim Fußball bundesweit umgesetzt haben. Auch das sind Themen, die wir gern mit den bremischen Betrei-

bern diskutieren wollen. Insofern ist Ihre Anregung in guten Händen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Hinners [CDU]: Dem habe ich nichts hinzuzufügen!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Verstöße gegen die Umweltzone**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Imhoff, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Verstöße gegen die Umweltzone wurden in der Zeit vom 18. Juli bis zum 18. August 2011 nach der Einführung der dritten Stufe registriert?

Zweitens: Wie viele dieser Verstöße sind auf Personen zurückzuführen, die ihren Wohnsitz nicht in Bremen haben?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Im genannten Zeitraum wurden 1 914 Verstöße bei der Bußgeldstelle des Stadtamtes registriert.

Davon wurden 1 459 Verstöße von Personen begangen, deren Fahrzeug nicht in Bremen zugelassen ist.

Der Senat nimmt die Zahlen zum Anlass, erneut zu überprüfen, ob und wie die Information über die Umweltzone verbessert werden kann. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Ja, als Erstes habe ich eine grundsätzliche Frage: Finden Sie es eigentlich höflich, dass man die Antworten einer parlamentarischen Anfrage in der Zeitung lesen beziehungsweise bei Radio Bremen hören kann?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Bremen ist so transparent, ich glaube, es wäre ein Wunder, wenn man eine Anfrage verheimlichen könnte! Das ist nicht das erste Mal, ich bin auch manchmal überrascht.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Ein völlig neues Phänomen übrigens!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Also finden Sie das in Ordnung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich finde das nicht in Ordnung, aber es ist leider bremische Praxis, dass viele Dinge vorher bekannt sind.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Das wollte ich nur wissen und fragen, ob Sie es in Ordnung finden! Den Sachstand in Bremen kenne ich auch.

Ich habe noch eine zweite Frage: Ich habe es einmal nachgerechnet. Aus dem letzten Monat werden 45 Nichtbremer einen Strafzettel erhalten, das sind 63 Euro Strafe und ein Punkt in Flensburg. Was meinen Sie, was diese Leute ihren Nachbarn und Freunden erzählen und was das auch für Auswirkungen auch auf den Standort Innenstadt Bremen hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Mit dieser Frage habe ich gerechnet. Ich glaube, man muss sich einfach einmal die Entwicklung anschauen. Seit Beginn der Einführung ist es jetzt die dritte Stufe. Wir haben am 1. Januar 2009 damit begonnen, und wir sehen, wenn wir uns die Zahlen anschauen, dass es in den ersten Monaten natürlich zu massiven Anzeigen gekommen ist. Ich habe hier die Zahlen für 2009: Im Februar waren es fast 4 000 Anzeigen, dann nur noch 2 400 Anzeigen, und Ende 2009 sind wir bei 516 Anzeigen angekommen. Vor 14 Tagen sind wir bundesweit kritisiert worden, weil wir die Stadt sind, die nach diesen Zahlen am wenigsten Strafzettel verhängt. Das ist die andere Seite.

Fakt ist aber einfach: Es ist immer so, wenn man mit etwas Neuem beginnt, führt das zu solchen Ausschlägen, und die Zahlen zeigen dann, ohne dass wir die Kontrolldichte zurückgenommen ha-

ben, dass sich das Ganze auf ein vernünftiges Maß reduziert. Wie gesagt, wir liegen jetzt bei Zahlen um etwa 500 Anzeigen und teilweise darunter, und es waren einmal 4 000 Anzeigen. Ich gehe jede Wette ein, diese hohe Zahl, auch die Zahl derjenigen, die nicht aus Bremen kommen - das ist ja das, worauf Sie hinweisen -, wird sich in den nächsten Monaten dramatisch verändern, und wenn Sie genau zugehört haben, sieht der Senat natürlich auch einen gewissen Handlungsbedarf.

Ich habe es in den Ferien erlebt, dass ich über Autobahnen gefahren bin, und da standen Schilder „Vorsicht Umweltschutzzone“. Das ist mir in Baden-Württemberg mehrmals aufgefallen. Ich glaube, wir sind ganz gut beraten, auch hier in Bremen einmal zu überprüfen, ob so etwas nicht sinnvoll ist, denn wenn ich bereits eingefahren bin und dann das Schild „Achtung“ sehe, ist es meistens zu spät, insbesondere dann, wenn ich nicht mehr wenden kann.

Deswegen, denke ich, müssen wir noch einmal überlegen, ob wir das verbessern und rechtzeitig darauf hinweisen. Zudem verweise ich auch darauf, dass das Umland bedient worden ist. Es gab eine große Öffentlichkeitskampagne des Senators für Umwelt in den Beilagen der Printmedien. Das war nicht ganz preiswert, aber man kann alles noch verbessern.

(Abg. Strohmann [CDU]: „Vorsicht Umweltzone!“, das fand ich gut! - Vielen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **städtebauliche Entwicklung Hemelings**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Möglichkeit sieht der Senat, das Gelände zwischen der Hemelinger Bahnhofstraße, der Straße „Zum Sebaldsbrücker Bahnhof“ und der Eisenbahnlinie Bremen/Osnabrück in den kommenden Jahren städtebaulich neu zu entwickeln?

Zweitens: Wie bewertet der Senat den derzeitigen Stand der vor einigen Jahren begonnenen Sanierung des Ortskerns Hemelings im Bereich der Hemelinger Bahnhofstraße?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Gelände wird derzeit durch die Firma Könecke genutzt. Die Fleisch- und Wurstwarenfabrik wird voraussichtlich Ende 2012 ihren Standort in Hemelingen aufgeben und die Produktion nach Delmenhorst verlagern. Dort befindet sich bereits heute eine Teilproduktion.

Nach Umzug des Betriebes steht eine Fläche von rund 5 Hektar Größe städtebaulich zur Disposition. Überlegungen zu Folgenutzungen befinden sich noch in einem Anfangsstadium. Zur Konkretisierung ist die Kenntnis der vor Ort bestehenden Rahmenbedingungen erforderlich. Hierfür gilt es, insbesondere die Lärm- und Altlastensituation des Standortes zu überprüfen. Die Fläche ist durch Zugverkehre stark verlärmert und teilweise ungünstig geschnitten. Die gewerblichen Nutzungen in diesem Bereich sind tendenziell zurückgehend, zum Beispiel auf dem Nordmende-Gelände, durch den Weggang der Firma Könecke setzt sich der Umstrukturierungsprozess fort. Trotz der erheblichen Lärmbelastung befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft an der Straße Zum Sebaldsbrücker Bahnhof auch zahlreiche Wohngebäude.

Seitens des Eigentümers wurden bisher noch keine konkreten Vorstellungen zum Altstandort geäußert. Nach klärenden Gesprächen mit der Firma Könecke sollen die erforderlichen Untersuchungen in Auftrag gegeben werden.

Wenn es gelingt, ausreichend Lärmschutz an den Bahnstrecken zu erreichen, kann eine Entwicklung des Geländes die Sanierungsbemühungen für den Kernbereich Hemelings unterstützen und den Bereich der Hemelinger Bahnhofstraße stärken. Gleichzeitig wäre das Ziel, die ausgeprägte Barrierewirkung der Gewerbeflächen sowie der Bahnstrecken zwischen Hemelingen und Hastedt zu verringern und die Ortsteile näher zusammenzuführen.

Zu Frage 2: Die Sanierung des Ortskerns Hemelings im Bereich der Hemelinger Bahnhofstraße setzt sich aus einer Vielzahl von Projekten zusammen, unter anderem der Ansiedlung eines Fachmarktzentrums, Neugestaltung des Hemelinger Marktplatzes, dem Bau der Grete-von-Stein-Straße und der Osenbrückstraße, Bau des Kultur-, Bildungs- und Kommunikationszentrums. All diese Maßnahmen haben im Zusammenspiel zu einer kräftigen Belebung der Hemelinger Bahnhofstraße

geführt. Das Fachmarktzentrum sichert die Nahversorgung des Ortsteils und stellt gleichzeitig über die Ortsteilgrenzen hinweg einen Anziehungspunkt dar.

Letzte Bausteine zur Aufwertung, Stärkung und Belebung der Hemelinger Bahnhofstraße sind im Rahmen der Sanierung die Umgestaltung der Unterführung Sebaldsbrücker Bahnhof und der Wohnungsbau an der Diedrich-Wilkens-Straße mit der in Planung befindlichen Grünfläche. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, aufgrund der kurzen Zeit, die Sie jetzt erst in Bremen sind, kann ich nicht voraussetzen, dass Sie die örtlichen Gegebenheiten so genau kennen.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Du bist da geboren, nicht?)

Allerdings hoffe ich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses, aber auch die des Hauses des Senators für Wirtschaft die Gegebenheiten doch etwas genauer kennen. Es sind ja viele Millionen Euro in die Sanierung geflossen, die bisher nicht zu Ende geführt werden kann, weil immer Industrie- und Lkw-Verkehre die Hemelinger Bahnhofstraße durchschneiden und dadurch auch die Bemühungen, dort neue Wohngebiete zu erschließen, begrenzt sind.

Können Sie sich vorstellen, Sie, der Senat, dass man das Könecke-Gelände, aber auch das benachbarte Gelände der Bremer Erfrischungsgetränke GmbH, auf das Sie jetzt nicht eingegangen sind, vielleicht durch eine Verlagerung, unter Zuhilfenahme von Wirtschaftsförderung Bremen, ähnlich wie das Quartier am Hulsberg, neu entwickelt, damit die Millionen, die bisher in die Stadtentwicklung Hemelingens geflossen sind, auch nachhaltig wirken können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich habe mir das schon vor Ort angesehen, kenne aber nicht sämtliche Details der Fläche. Da danke ich für Ihr Verständnis.

Es ist so, dass wir auch aufgrund - und das war in der Antwort schon genannt - des Bahnlärms und weiterer Einwirkungsquellen dort eine schwierige Randbedingung haben, das müssen wir einfach sehen. Das heißt, wir müssen die Untersuchung abwarten, die wir jetzt in Auftrag geben, auch die hatte ich angesprochen, und dann werden wir sehen. Ich kann mir vorstellen, dass wir versuchen, dort Wohnbauentwicklung voranzutreiben. Ich ha-

be den Senatsbaudirektor Herrn Prof. Höing, mit dem ich es mir dort angesehen habe, auch so verstanden. Ob es dann wirklich geht, werden wir prüfen müssen unter den Aspekten Bahnlärm und ähnlicher Lärmquellen. Das sind schwierige Randbedingungen.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, haben Sie zu der von Ihnen angesprochene Untersuchung, die jetzt beauftragt wird, ein ungefähres Zeitfenster, wann dort erste Ergebnisse vielleicht der Baudeputation, aber auch dem Beirat Hemelingen vorgestellt werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich schätze, dass wir da einige Monate brauchen werden, vielleicht grob geschätzt ein halbes Jahr, aber genauer kann ich es Ihnen im Moment nicht sagen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Pohlmann! - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Ich hätte da noch einmal eine Nachfrage, und zwar haben Sie ja gesagt, Herr Senator, dass insbesondere auch die Unterführung Sebaldsbrücker Bahnhof eine wichtige Maßnahme ist, um auch insgesamt hier im Quartier zu einer städtebaulichen Verbesserung zu kommen. Ich meine, jede und jeder, der sie kennt, kann dies nur bestätigen, das ist lange diskutiert worden. Können Sie da schon einmal sagen, in welchem Zeitfenster die Maßnahme, die Sie in der Antwort zu Frage 2 angesprochen haben, Realität wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Herr Pohlmann, da bin ich jetzt leider überfragt. Da müsste ich mich noch einmal erkundigen.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Okay, ich glaube, das sollten wir dann auch noch einmal aufnehmen, wie wir das umsetzen können. Eine andere Frage, das ist eben auch vom Kollegen Rohmeyer angesprochen worden - ich teile das, es ist ja mit fünf Hektar keine kleine Fläche, die dort in absehbarer Zeit auch gegebenenfalls für Maßnahmen des Wohnungsbaus zur Verfügung steht -: Habe ich Sie richtig verstanden in Ihrer Antwort, dass auch der Prozess der Entwicklung, der Gestaltung dieses gesamten Quartiers in Form einer Beteiligung

der Bevölkerung und des Beirates vor Ort geführt werden soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich halte es in jedem Fall für sinnvoll, hier mit dem Beirat und der Bevölkerung Ideen auszutauschen. In welcher Form wir das genau machen werden, da bin ich jetzt in diesem Moment auch wieder überfragt, aber ich werde mich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass wir da eine gute Diskussion im Stadtteil führen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Wildwuchs auf Geh- und Radwegen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Senkal, Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Senkal!

Abg. **Senkal** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie sind in der Stadt Bremen die Zuständigkeiten für die Pflege der Geh- und Radwege geregelt?

Zweitens: Wie bewertet der Senat den Zustand der Geh- und Radwege, einschließlich der Fahrbahnrande, im Stadtteil Huchting, hier insbesondere entlang der Heinrich-Plett-Allee?

Drittens: Welche Maßnahmen werden ergriffen, um bei den dortigen Straßen wieder einen gepflegten Zustand sicherzustellen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Grundsatz liegt die Zuständigkeit für die Erhaltung der Geh- und Radwege in Bremen beim Straßenbaulastträger. Die Verantwortung für die Pflege beziehungsweise die Reinigung liegt nach dem Landesstraßengesetz bei Gehwegen bei den Anliegern und bei den Radwegen bei der Stadtgemeinde Bremen. Südlich der Lesum reinigt die Entsorgung Nord GmbH die Radwege, nördlich der Lesum ist der Umweltbetrieb Bremen für die Reinigung zuständig. Die Reinigung der Geh- und Radwege durch Anlieger, Umweltbetrieb und ENO reicht bei der aktuellen Wetterlage mit viel Regen und Wärme nicht aus,

den schnell wachsenden, aufkeimenden Bewuchs zu verhindern beziehungsweise zu beseitigen.

Zu Frage 2: Im benannten Bereich sieht der Senat insbesondere in der Heinrich-Plett-Allee Handlungsbedarf, um den Zustand der Geh- und Radwege zu verbessern.

Zu Frage 3: Im Rahmen der vom Amt für Straßen und Verkehr durchgeführten Straßenkontrollen wird der jeweilige Zustand der Straßen erfasst. Die notwendigen Arbeiten zur Beseitigung des Wildwuchses werden je nach festgestelltem Bedarf dann zeitnah durchgeführt. Die erforderlichen Reinigungsarbeiten in der Heinrich-Plett-Allee werden im September 2011 durchgeführt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Senkal** (SPD): Vielleicht eine Anmerkung: Da auch der Senat Handlungsbedarf sieht, habe ich vorerst keine Fragen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Liegeplatz des Konzertschiffes ‚Treue‘**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Garling!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Aus welchem Grund kann das Konzertschiff „Treue“ nicht dauerhaft am während der Breminale zugewiesenen Liegeplatz an der Tiefer verbleiben?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die sicherheitsrelevanten Gegebenheiten beim Besucherzugang auf das Schiff am jetzigen und vorigen Liegeplatz?

Drittens: Nach welchen Kriterien werden Anlegestellen im innerstädtischen Gebiet zur dauerhaften kommerziellen oder kulturellen Nutzung vergeben?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Anleger 1 und 2 an der Tiefer wurden bei der Umgestaltung der Weserpromenade Schlachte im Bereich der Tiefer in den Jahren 2002/2003 als befristeter Liegeplatz für Flusskreuzfahrt- und Binnenschiffe konzipiert und 2008 in den Masterplan Binnenschifffahrt als bedeutender Anleger für die Binnenschifffahrt aufgenommen. Am Anleger stehen Versorgungsmöglichkeiten für Frischwasser und Landstrom zur Verfügung, die, anders als an den Anlegern im Bereich der Schlachte, kurzfristig angeschlossen werden können. Für Binnenschiffer besteht über die Pontons an dieser Stelle zusätzlich die besondere Möglichkeit, Autos an Land zu setzen.

Insbesondere für die Flusskreuzfahrt stehen in Bremen in innenstadtnaher Lage keine alternativen Liegeplätze mit vergleichbarer Ausstattung zur Verfügung. Daher ist eine dauerhafte, ganzjährige Nutzung der Anleger 1 und 2 durch ein anderes Schiff nicht mit den regelmäßigen Flusskreuzfahrten, die das Tourismusgeschäft Bremens beleben, und den Interessen der Binnenschifffahrt vereinbar.

Zu Frage 2: Beide Liegeplätze erfüllen alle baurechtlichen Anforderungen. Aus sicherheitstechnischer Sicht sind die Zugangsmöglichkeiten der Anleger nicht unterschiedlich zu bewerten.

Zu Frage 3: Die Vergabe der Liegeplätze im Bereich der Schlachte, vom Martinianleger bis zur Stephanibrücke, wird anhand bewährter Kriterien vorgenommen. Neben den wichtigen technischen Rahmenbedingungen ist für die Vergabe des Liegeplatzes von zentraler Bedeutung, ob das Angebot eine Ergänzung zu den bestehenden Angeboten an der Schlachte darstellt, ob das Schiff mit der geplanten Nutzung für die Allgemeinheit zugänglich und nutzbar ist, ob das Schiff den Anforderungen des Planungsamtes und der Bauordnung entspricht und ob das Schiff sowie die geplante Nutzung zur Attraktivierung der Schlachte beiträgt.

Die unter Frage 1 genannten Anleger 1 und 2 im Bereich der Tiefer werden nicht im Rahmen dieses Verfahrens vergeben, weil sie, wie unter Frage 1 dargelegt, von einer dauerhaften Nutzung ausgeschlossen sind. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Garling!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Herr Staatsrat, können Sie mir sagen, an wie vielen Tagen im Jahr die Anlegestellen 1 und 2 an der Tiefer belegt sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich weiß es jetzt nicht spontan. Im August waren es vier Schiffe, die angelegt haben, das wechselt. Das Wichtige ist ja, und dazu haben wir viele Diskussionen mit den Binnenschiffern geführt, aber auch mit den Flusskreuzfahrtbetreibern, dass diese Anleger dann zur Verfügung stehen, wenn Schiffe kommen. Sie sind extra mit Landstromversorgung ausgerüstet. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Zwischendurch können natürlich andere Schiffe anlegen, nur sie können nicht dauerhaft dort liegen. Das ist das Thema. Wir sind durchaus bereit, dies flexibel zu handhaben, aber diese beiden Anleger können wir nicht als dauerhafte Liegeplätze ausweisen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Würden Sie mir trotzdem dazu die Zahlen nachliefern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, gern!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Mit der Antwort zu Frage 2 bin ich nicht sehr zufrieden. In der Theorie mag das alles stimmen, aber ich bin überzeugt, dass die gebogenen Stege, die bei Niedrigwasser fast einen Winkel von 45 Grad ausweisen, sich in der Praxis nicht wirklich bewährt haben; insbesondere für Rollstuhlfahrer, die ja dann auch auf den Schiffen wahrscheinlich sowieso Probleme hätten, aber auch für gehbehinderte Menschen ist das eine Barriere.

Es gibt im Verlauf der Weser einige Schiffe, die legen dort nur kurzfristig an, und dann gibt es Schiffe mit vermehrten Besucherströmen. Dazu gehört auch die „Treue“. Wären Sie bereit, weiterhin mit uns gemeinsam daran zu arbeiten, in diesem Bereich einen Anlegeplatz zu finden, der einen geraden Steg hat und somit einen besseren Zugang?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, klar! Wir sind bereit, das zu prüfen und gemeinsam daran zu arbeiten. Man muss auch sehen: Es sind bautechnische Gründe, die zu diesen gebogenen Zugängen führen. Sie sind nicht optimal, das sehen wir auch ein, aber es gibt bisher keine richtigen Alternativen. Wir sind aber gern bereit zu prüfen, ob es andere Liegeplätze gibt, und wenn ja, dann werden wir sie auch gern ausweisen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Wie Sie ja sicherlich auch wissen, ist die „Treue“ von der Insolvenz bedroht, weil es dort einen Einbruch gegeben hat. Ich habe recherchiert, dass eigentlich in allen Schiffen an der Schlichte mehrmals im Jahr eingebrochen wird. Wären Sie bereit, sich einmal mit den Betreibern der Schiffe zusammzusetzen, um einen Weg zu finden, wie man diese Einbrüche verhindern kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, das nehmen wir gern auf! Wir setzen uns mit den Schiffsbetreibern zusammen und schauen, was wir in dieser Frage als Bremen machen können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Garling [SPD]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Verlagerung des Firmensitzes von Hansa Heavy Lift**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kastendiek, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kastendiek!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Aussagen der aus der insolventen Reederei Beluga hervorgegangenen Bremer Reederei Hansa Heavy Lift, HHL, dass der Standort Hamburg bessere Voraussetzungen für den Personalaufbau bietet als Bremen?

Zweitens: Welche Folgen hat die beabsichtigte Verlagerung des Unternehmenssitzes für Bremen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Zusammenhang mit der Krise um die Reederei Beluga ist vom Senat eine Reihe von Gesprächen mit den Finanzinvestoren geführt und dabei eine enge Kooperation angeboten wor-

den. Auf dieses Angebot ist vonseiten der Investoren auch im Zusammenhang mit der Verlagerung des Firmensitzes von Hansa Heavy Lift nicht eingegangen worden.

Der Seeschiffstandsstandort Bremen verfügt über hervorragende Bedingungen wie hohe Dienstleistungsqualität, kurze Wege, flexibles Schiffsregister sowie auch über qualifiziertes Personal. Wirtschaftlich kann die Schwergutreederei von Bremen aus erfolgreich betrieben werden, da es sich um einen Spezialmarkt mit positiver Prognose handelt, der auch nach den eigenen Angaben der Reederei global gemanagt wird und daher keine feste Anbindung an einen bestimmten Standort benötigt.

Die Erreichbarkeit der Reederei in Bremen ist durch eine ausgezeichnete Anbindung an Bahn, Autobahn und Flughafen jederzeit und international sichergestellt. Im Hinblick auf die Qualifikation des Personals, das nach Aussage der Reederei noch rekrutiert werden muss, bietet gerade der Standort Bremen mit seinen ausgezeichneten Ausbildungsstätten für die Seeschifffahrt höchsten anerkannten Standard bundes- und europaweit.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Begründung zur Verlagerung des Sitzes mit den angegebenen Argumenten der Firma nicht nachvollzogen werden kann.

Zu Frage 2: Die beabsichtigte Verlagerung des Unternehmenssitzes bedeutet für Bremen den Verlust eines Unternehmens der Reedereiwirtschaft und den Verlust von circa 50 Arbeitsplätzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Staatsrat, können Sie schildern, welche Aktivitäten die Wirtschaftsförderung Bremen unternommen hat - trotz vielleicht nicht geeignetem Entgegenbringen von Interesse dem Unternehmen gegenüber -, etwas dazu beizutragen, dass der Aufbau und nicht nur die Sicherung von 50 bis 80 Arbeitsplätzen, also ein höheres Potenzial, hier in Bremen stattfinden kann? Welche Aktivitäten sind unternommen worden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Als uns die ersten Schwierigkeiten der Reederei Beluga bekannt wurden, haben der Senator und ich sofort mit dem Finanzinvestor Oaktree Gespräche geführt. Wir haben unter anderem mehrfach mit dem Deutschland-Chef von Oaktree gesprochen.

Wir haben ihm in diesem Zusammenhang angeboten, dass wir ihn insbesondere im Hinblick auf Beschäftigungsfragen und die Erhöhung der Akzeptanz in der Region Bremen sehr gern unterstützen würden. Wir haben ihm unter anderem einen namhaften erfahrenen deutschen Reeder präsentiert, der bereit gewesen wäre, am Standort Bremen große Teile der Flotte von Beluga fortzuführen. Wir haben ihm auch Hinweise gegeben, wie man sinnvollerweise mit Reedern und anderen umgeht. Wir haben eine Vielzahl von Gesprächen geführt. Die meisten Anregungen hat er nicht aufgegriffen.

Er hat uns aber über längere Zeit auch gesagt, dass der Standort Bremen ein guter Standort sei. Deswegen sind wir eigentlich relativ sicher, dass die negative Darstellung des Standortes Bremen für den Wechsel nach Hamburg ein vorgeschobenes Argument ist.

Wir haben ganz deutlich gemacht, was wir nicht können - schon aus beihilferechtlichen Gründen -, nämlich ein bisschen Geld geben! Das hat er auch nicht erwartet. Wir hätten ihm aber viele Möglichkeiten geboten, die es ermöglicht hätten - davon bin ich fest überzeugt, auch nach vielen Gesprächen mit anderen Reedern -, hier am Standort eine relativ große, leistungsfähige Massegutreederei zu erhalten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Ich nehme sehr wohl zur Kenntnis, Herr Staatsrat, dass Sie mit Ihrem Senator - ich vermute einmal, während der Phase, als noch nicht klar war, in welche Richtung es geht - bei dem Unternehmen, bei den Investoren vorstellig geworden sind. Dennoch, meine Frage war doch etwas anders akzentuiert. Lassen Sie es mich anders formulieren!

Was hat die Wirtschaftsförderung Bremen unternommen, als klar war, dass das Unternehmen in dem jetzt neu genannten Unternehmen Hansa Heavy Lift aufgeht? Was hat die Wirtschaftsförderung zu dem Zeitpunkt gemacht, um das Unternehmen bei der Akquisition von Mitarbeitern, bei der Entwicklung des Unternehmens zu unterstützen? Was hat da die Wirtschaftsförderung konkret unternommen? Ich glaube, dass Bremen ein guter Standort ist. Davon bin ich überzeugt! Offensichtlich waren die Investoren der Meinung, dass Hamburg besser ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Zu einem bestimmten Zeitpunkt haben sich die Investoren entschieden,

nach Hamburg zu gehen. Sie waren aber zu anderen Zeitpunkten auch anderer Meinung. Ich kann nur noch einmal ganz deutlich sagen, wir haben nicht nur am Anfang Angebote gemacht, sondern auch in der Phase der Gründung des Unternehmens Hansa Heavy Lift. Mit „wir“ meine ich immer unser Ressort: Senator, Staatsrat und Mitarbeiter wie auch die Wirtschaftsförderung, die auch daran beteiligt war.

Wir haben ihm Angebote in bewährter Weise gemacht, auch bei der Qualifizierung des Personals mitzuwirken. Wir haben über Transfergesellschaften und vieles andere gesprochen, denn es gab und gibt hier am Standort gerade bei der Firma Beluga ausgewiesenes, qualifiziertes Personal. Ich bin fest davon überzeugt, Herr Kastendiek, dass die Aussage, es fehle hier an qualifiziertem Personal, nicht zutreffend ist. Dies haben wir nicht nur Hansa Heavy Lift, sondern auch dem Insolvenzverwalter gesagt.

Wenn man gewollt hätte, hätte man wesentliche Arbeitsplätze erhalten und auch die erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte aus der Seeschifffahrt sehr schnell mobilisieren können. Sofern es an Qualifikation gefehlt hätte, wäre sie mit Leichtigkeit - auch mit öffentlicher Unterstützung - hier darzustellen gewesen. Es hat andere Kriterien gegeben. Ich will auch ganz deutlich sagen, wenn dieser Investor anders vorgegangen wäre, dann könnte er heute mehr Schiffe und mehr Arbeitsplätze bereedern als jetzt.

Präsident Weber: Herr Kastendiek, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Ich glaube, wir sind uns einig, dass es sehr bedauerlich ist, dass das Unternehmen offensichtlich seine Zukunft, eine größere Zukunft als hier am Standort Bremen, in Hamburg sieht. Mich wundern nur Ihre Aussagen, aber ich will jetzt nicht zu sehr spekulieren. Als sich Hansa Heavy Lift an der Martinistraße zunächst einmal kurzfristig niederließ, war klar, dass sie dort nicht langfristig bleiben. Offensichtlich hat sich aus deren Sicht doch wohl keiner so richtig darum gekümmert, jedenfalls haben sie es nicht so aufgefasst, dass sich hier die Wirtschaftsförderung entsprechend bemüht.

Eine abschließende Frage noch! Ich habe nachgefragt, welche Folgen die beabsichtigte Verlagerung des Unternehmenssitzes für Bremen hat. Können Sie sagen - ich vermute, Sie sind von Ihrem Ressort auf die Fragen immer bestens vorbereitet - mit welchem Ausfall an Steuern zu rechnen ist? Es ist ja nicht nur die Lohn- und Einkommensteuer. Man kann ja wohl davon ausgehen, dass höchstwahrscheinlich die Mitarbeiter, die

nach Hamburg gehen, hoffentlich ihren Wohnsitz in Bremen behalten. Es gibt noch weitere Steuern. Mit welchem Steuerausfall ist zu rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Wir werden natürlich durch die Insolvenz der Beluga-Gruppe einen erheblichen Steuerausfall haben. Das ist ganz eindeutig.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das ist ja unstrittig!)

Bitte?

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das wissen wir!)

Ja, aber wie hoch der Steuerausfall einer gerade neu gegründeten Reederei ist, von der wir das Geschäftsmodell nicht kennen, von der wir nicht wissen, wie viele Arbeitskräfte in Hamburg rekrutiert werden, wie viele aus Bremen hier wohnen bleiben und in Hamburg arbeiten - Sie wissen, dass das sehr häufig der Fall ist, persönlich kenne ich auch einige, die in Hamburg bei Hansa Heavy Lift arbeiten, aber in Bremen wohnen bleiben -, ich glaube, es ist viel zu früh, oder es ist wahrscheinlich gar nicht möglich, richtig Aussagen zu Steuerausfällen zu treffen.

Wir hätten dieses Unternehmen, das kann ich Ihnen sagen, gern hier gehalten, und wir hätten alle unsere Möglichkeiten genutzt. Das haben wir denen auch gesagt, unabhängig von den nicht gerade erfreulichen Gesprächen, die am Anfang geführt wurden. Wir hätten alles getan, um ein solches Unternehmen am Reedereistandort Bremen zu halten. Ich will Ihnen aber auch sagen, vorgestern war der Bremer Reederabend. Es wurde dort sehr deutlich, dass die Bremer Schifffahrts- und Reedereiszene mit ihrer diversifizierten Struktur besser durch die Krise gekommen ist, als es in Hamburg der Fall ist.

Ich glaube, die Reedereien sind hier gut aufgestellt, weil der Standort gut ist, weil wir viel in Ausbildung investiert haben, weil wir viel in ein flexibles Schifffahrtsregister investiert haben und viele andere Sachen. Wir wollen uns selbst nicht belobigen, aber hier muss man doch einmal sehen, dass hier ein Finanzinvestor mit welchen Ideen und Konzepten auch immer gekommen ist, die aus meiner Sicht rational in vieler Hinsicht nicht nachvollziehbar sind.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Ich bitte um Nachsicht, wenn ich die Geduld zu sehr strapaziere. Was mich ein bisschen irritiert hat - - .

Sie können sich auch noch melden, Herr Dr. Güldner, aber Sie haben morgen früh noch ausreichend Gelegenheit an der Stelle!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat doch gar nichts gesagt!)

Ach so, Entschuldigung! Dann habe ich das verkehrt wahrgenommen!

Herr Staatsrat, sind Sie mit mir der Meinung, wenn die Überschrift in der Presse steht, dass sich ein Unternehmen offensichtlich, aus welchen Gründen auch immer, vom Standort Bremen abwendet und das mit Standortbedingungen begründet, ob vorgeschoben oder nicht, das ist jetzt Spekulation, ich kann das auch nur bewerten, dass ein Unternehmen mit einer solchen Schlagzeile den Standort Bremen verlässt, dass es nicht angebracht gewesen wäre, das zu relativieren und aus der Sicht von Standortverantwortlichen zu erklären, dass die Standortbedingungen doch nicht so schlecht sind, wie man allgemein dort lesen konnte? Solche Schlagzeilen werden natürlich auch entsprechend gelesen!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, natürlich werden sie gelesen, und das machen wir auch! Wir sind auch in den kommenden Haushaltsberatungen sehr daran interessiert, die Ausgaben für das Standortmarketing auf einem hohen Niveau zu halten. Wir machen das an allen Stellen. Man muss sich dann allerdings auch immer die Frage stellen, ob man auf Aussagen eines einzelnen Unternehmens sehr schnell so reagiert. Wir wollen dieses Unternehmen nicht schlechtreden, auch wenn es nach Hamburg geht. Sie kennen zum Teil auch die Erfahrungen, die wir da gemacht haben.

Ich glaube, wir wissen genau, und viele wissen und sehen das heute auch, dass wir ein guter, in den letzten Jahren deutlich verbesserter Schifffahrtsstandort geworden sind. Das versuchen wir, auch weiter zu vermarkten. Bremen hat hier eine gute Entwicklung! Also, Marketing ist wichtig, Herr Kastendiek, ganz eindeutig!

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Kottisch. - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Staatsrat, würden Sie mir recht geben, dass ein durchaus strategisch

operierender, international agierender Finanzinvestor im Gegensatz zu manch einem KMU durchaus in der Lage ist, sich über die Wirtschaftsförderungsbedingungen eines Standortes zu informieren? Würden Sie mir ebenfalls recht geben, dass Standortentscheidungen eines weltweit operierenden Finanzinvestors sicherlich nicht durch eine lokal operierende Wirtschaftsförderungsgesellschaft maßgeblich determiniert werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Einerseits ist das richtig! Wir haben natürlich nichts zu beeinflussen. Der Investor ist nach Bremen gekommen, weil er sich mit Herrn Stolberg und der Beluga-Gruppe zusammengetan hat. Das liegt außerhalb unseres Einflussbereichs. Wir hingegen können die Rahmenbedingungen, vor allem die Qualifizierung, das Schifffahrtsregister und vieles andere in Bremen gut gestalten, und darüber müssen wir die Investoren auch informieren.

Ich kann nur sagen, im Hinblick auf den Investor Oaktree haben wir vieles getan, um ihm die Möglichkeiten aufzuzeigen, die wir hier haben, aber die Möglichkeiten sind dann begrenzt. Wenn sich ein Unternehmen für Hamburg entscheidet, muss nicht unbedingt der Grund sein, dass Hamburg besser ist, sondern Unternehmen können sich auch irren.

Präsident Weber: Herr Kollege Kottisch, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kottisch** (SPD): In der Presse ist kolportiert worden, dass insbesondere ein mangelndes Fachkräfteangebot dazu geführt hätte, dass der Firmensitz verlagert wurde. Insofern habe ich mir auch die Frage gestellt: Welche Intention verfolgt der Fragesteller mit dieser Frage in dieser Fragestunde?

Können Sie noch einmal bestätigen, dass an der Beluga-Pleite weder die ehemaligen Beluga-Mitarbeiter noch schlecht qualifiziertes Personal verantwortlich gewesen sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das kann ich ausdrücklich bestätigen! Beluga hatte zum Schluss nahezu 600 Beschäftigte, zum überwiegenden Teil fachlich hervorragend qualifizierte Beschäftigte. Ich glaube, ohne dass ich jetzt sehr detaillierte Erkenntnisse habe, dass nur ein sehr kleiner Teil dieser Beschäftigten infolge der Insolvenz arbeitslos geworden ist.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass viele sofort einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Ich bin deswegen sehr sicher, dass wir hier hoch qualifizierte Arbeitskräfte haben. Das ist auch der Grund für die lange Zeit erfolgreiche Entwicklung bei Beluga und der Grund, warum viele Arbeitskräfte so schnell einen neuen Arbeitsplatz finden. Ich glaube, die Schelte des Standortes Bremen durch Hansa Heavy Lift ist völlig unberechtigt.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Kottisch [SPD]: Vielen Dank!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Polizeistation Weserpark**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Rohmeyer, Hinners, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Plant der Senat, die Polizeistation Weserpark zu schließen, und welchen Einfluss hätte nach Auffassung des Senats eine Schließung für die in der Umgebung niedergelassenen Geschäfte beziehungsweise Betriebe?

Wie bewertet der Senat die aktuelle personelle Situation bei der Polizeistation Weserpark, und soll daran etwas geändert werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Derzeit sind dort zwei Polizeibeamtinnen und -beamte eingesetzt. Die Polizei Bremen überprüft im Rahmen der Aufgabenkritik alle Funktionsstellen. Die Polizeistation Weserpark ist davon nicht ausgenommen. Das Ergebnis dieser Überprüfung liegt noch nicht vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Rohmeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Nach dieser ungemein umfangreichen Antwort, Herr Senator, für die ich mich leider auch so nicht bedanken kann, möchte ich Sie fragen, ob Sie aus Ihrem Hause über die

Zeit informiert sind, bevor der seinerzeitige Innen-senator eine Polizeistation im Weserpark eröffnet hat, wie viel Personal des Polizeireviers Osterholz durch den Transport und das Stehen im Stau auf der Osterholzer Heerstraße gebunden war, nicht nur zu Hauptzeiten, in denen der Weserpark überfrequentiert wird, sondern auch an ganz normalen Tagen im Jahr, da der Weserpark ja zu den großen Einkaufszentren in Bremen gehört!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Genau deshalb überprüfen wir auch objektiv, ob wir dort eine Wache brauchen. Ich erinnere daran, dass es sehr außergewöhnlich ist - wir haben ja noch andere Zentren, ich denke an das Roland-Center oder an die Waterfront -, es ist nicht Standard, dass überall eine Polizeistation ist. Man kann auch die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich ist, diese Aufgaben, wie das in anderen Bereichen auch üblich ist, durch private Sicherheitsdienste abzudecken. Dass Polizei nun a priori jedes Einkaufszentrum begleiten muss, ist eine Frage, über die wir diskutieren müssen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, kann ich Ihre gerade getätigte Äußerung so verstehen, dass Sie dafür sind, dass Taschendiebstähle und Ähnliches zukünftig nicht mehr von der Polizei erfasst werden, sondern dass Sie diesen Bereich künftig an private Sicherheitsdienste auslagern möchten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Sie sehen überall in Bremen, dass es eine wunderbare Kooperation zwischen privaten Sicherheitsdiensten in den Kaufhäusern und der Polizei gibt. Es ist natürlich Sache der Polizei, die Anzeigen aufzunehmen, Straftäter zu verfolgen, und daran wird sich auch im Weserpark nichts ändern.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, kann ich Ihre Äußerung jetzt so verstehen, dass Sie zumindest nicht ausschließen können, dass Sie die Polizeistation im Weserpark auf absehbare Zeit schließen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich sage es noch einmal: Wir überprüfen das Für und Wider, ob es wirklich sachlich gerechtfertigt ist, diese Entscheidung auf-

rechtzuerhalten, weil, wie gesagt, es eine Ausnahmesituation ist. Vielleicht gab es ja gute Gründe, dies zu tun. Ich habe ja die Polizeiwache nur übernommen, sie ist nicht mein Kind gewesen, aber ich verspreche Ihnen, dass wir mit allen Beteiligten das Für und Wider dieser Einrichtung prüfen und diskutieren werden.

Präsident Weber: Herr Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Dieser Prüfzeitraum, Herr Senator, soll sich - -.

(Senator Mäurer: Das werden wir in den nächsten Monaten zum Abschluss bringen!)

Herr Senator, können Sie Auskunft geben, welche Sachkosten, Miete zum Beispiel oder Ähnliches, die Personalkosten sind klar, Ihnen durch die Polizeistation im Weserpark entstehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich bin da überfragt, das entzieht sich meiner Kenntnis!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ist Ihnen bekannt, Herr Senator, dass nach meinem Wissen der Weserpark der Polizei diese Räumlichkeiten umsonst überlässt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das kann durchaus sein, aber das ist, wie gesagt, nicht unser Kriterium. Es geht ja nicht um die Mietkosten, die mögen niedrig sein, oder es mögen überhaupt keine Kosten entstehen, sondern das Problem sind die Personalkosten. Es ist die Frage, wo setzen wir die Beamten, die wir nicht beliebig vermehren können, ein, und deswegen prüfen wir.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Eine Bemerkung, Herr Präsident! Ich verstehe Sie richtig, Herr Senator, Sie setzen Ihre Beamten lieber im Stau auf der Osterholzer Heerstraße ein als im Polizeirevier!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich bezweifle, dass wir auf der Osterholzer Heerstraße überhaupt einen Stau haben, aber auch das sind Fragen, die wir prüfen werden.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, damit ist diese Anfrage beantwortet.

Die neunte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Planfeststellungsverfahren „Oldenburger Kurve“**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Hiller, Gottschalk, Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Abgeordnete Hiller!

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den geplanten Gleisneubau zwischen Hauptbahnhof und Bremen-Neustadt zur Herstellung der Zweigleisigkeit in der sogenannten Oldenburger Kurve?

Zweitens: Weshalb werden die gegenwärtigen Lärmimmissionen entlang der Strecke, bis Stephanibrücke, nicht durch eine Lärmschutzwand abgeschirmt?

Drittens: Wie schätzt der Senat den zukünftigen Bedarf nach Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner unter Berücksichtigung der zu erwartenden zusätzlichen Belastung entlang der Strecke ein?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der geplante Gleisneubau zur verbesserten Anbindung der Strecke von und nach Oldenburg ist Bestandteil des Knotenausbaus Bremen, der im Zuge der Sofortmaßnahmen des Masterplans Seehafenhinterlandverkehr realisiert wird. Die Maßnahme dient der Kapazitätssteigerung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Knotens Bremen zur Aufnahme zusätzlicher Hafenhinterlandverkehre. Der Ausbau ist aus Sicht des Senats von großer Wichtigkeit.

Zu Frage 2: Es besteht bei bestehenden Bauwerken und Gleisen kein Rechtsanspruch auf Lärmschutz. Rechtsanspruch kann nur durch Gleisneubau ausgelöst werden, nicht aber allein durch zusätzliche Zugfahrten. Für den Bau des Gleises „Oldenburger Kurve“ ist ein Planfeststellungsverfahren nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz erforderlich. Die in diesem Zusammenhang nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz sowie der zugehörigen Verordnung erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen erstrecken sich ausschließlich

auf den Bereich, in dem das Gleis neu gebaut wird.

Der sich anschließende Streckenabschnitt Richtung Bremen-Neustadt und die bereits bestehenden Gleise der „Oldenburger Kurve“ werden im Rahmen des freiwilligen Lärmsanierungsprogramms des Bundes untersucht.

Zu Frage 3: Die Zuständigkeit für Maßnahmen zur Lärminderung an Bahnstrecken der DB AG liegt beim Bund und erfolgt auf Grundlage der Verkehrslärmschutzverordnung. Ausweislich der Lärmkarten des Eisenbahnbundesamtes liegt die Belastung durch Bahnlärm im Bereich zwischen Hauptbahnhof und Weser, einschließlich der Stephanibrücke, oberhalb der vom Sachverständigenrat für Umweltfragen vorgegebenen Grenzwerte zur Minderung erheblicher Belästigungen. Daher setzt sich der Senat weiterhin auf Bundesebene für Verschärfungen der rechtlichen Rahmenbedingungen ein sowie gegenüber der DB AG für zusätzliche Maßnahmen, die einen verbesserten Lärmschutz an Bahnstrecken zum Ziel haben. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Hiller, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Anschließend an das, was Sie gerade gesagt haben; Herr Senator, mich interessiert: Gibt es schon konkrete Überlegungen gegenüber dem Bund, vielleicht auch eine Initiative über den Bundesrat oder auch gegenüber der DB, um dort wirklich diese Mängel zu beseitigen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Bei beiden Aktivitäten sind wir unterwegs, sowohl über den Bundesrat, was entsprechende Gesetzesinitiativen angeht, als auch in Gesprächen mit der Bahn. Wir werden uns dort für einen besseren Lärmschutz einsetzen. Das ist dann aber auch ein Stück weit Verhandlungssache, und das Ergebnis von Verhandlungen kennt man an deren Ende.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk!

Abg. **Gottschalk** (SPD): Welchen Zusammenhang sieht der Senat zwischen dem Vorhaben „Oldenburger Kurve“ und der Studie zu alternativen Streckenführungen für den Eisenbahngüterverkehr?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Mit dieser Frage bin ich momentan überfragt, ich müsste mich in meinem Ressort noch einmal schlau fragen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Gottschalk** (SPD): Ist diese Studie zur alternativen Streckenführung für den Güterverkehr inzwischen vergeben worden, und falls ja, wann wird sie voraussichtlich vorliegen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es ist dieselbe Antwort wie auf die vorige Frage!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Sichere Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Wachmannstraße/Carl-Schurz-Straße

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. August 2011
(Neufassung der Drucksache 18/18 S
vom 18. Juli 2011)
(Drucksache 18/25 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Bremen sind vor zwei Wochen die Sommerferien zu Ende gegangen, und für viele junge Mitbürgerinnen und Mitbürger hat ein neuer Lebensabschnitt begonnen. Seit der letzten Woche sind die Erstklässler gefordert, ihre ersten Schritte außerhalb der Familie zu tun, so zum Beispiel an der Grundschule Carl-Schurz-Straße. Hier sind von derzeit circa 270 Grundschulern vorletzten Samstag 60 Erstklässler eingeschult worden. Die Hälfte dieser Kinder muss täglich die Kreuzung Wachmannstraße/Carl-Schurz-Straße queren. Dazu kommen

noch sehr viele Kinder des in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Kippenberg-Gymnasiums, die zu Fuß oder auch schon mit dem Rad diese Kreuzung überqueren.

Jetzt bitte ich Sie, sich die Situation an dieser Kreuzung morgens gegen 8.00 Uhr einmal vorzustellen. Für ein Kind, das zur Schule geht und aus der Carl-Schurz-Straße kommt, stellt sich die Situation wie folgt dar: Zunächst muss es auf die Straßenbahn achten, die mit Tempo 50 in beiden Richtungen an ihm vorbeifährt. Dann kommt eine kleine Verkehrsinsel, und die Kinder müssen sich auf die Fahrradfahrer, die ebenso teilweise sehr schnell und in beiden Richtungen an ihnen vorbeifahren, konzentrieren. Bedenken Sie dabei, dass die Wachmannstraße die Hauptverkehrsachse für den Radverkehr zwischen der Innenstadt und der Universität ist! Danach kommen die Autos, die mit Tempo 30 stadtauswärts fahren. Jetzt gehen Sie einmal gedanklich in die Perspektive dieser kleinen Mitbürger! Was sehen sie? Sie sehen Straßenbahnräder, Fahrradreifen, Autoreifen, Straßenbahnwagen in unterschiedlichen Richtungen an sich vorbeifahren, und man fragt sich: Können Kinder eine solche Situation an dieser Kreuzung überblicken? Nein, meine Damen und Herren, mit dieser Situation, denke ich, sind die Kinder an der Stelle schlichtweg überfordert.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb überrascht es auch nicht, dass bereits unzählige Elterngenerationen, deren Kinder hier zur Schule gehen, an dieser Stelle eine Ampel fordern, um ihren Kindern einen sicheren Schulweg zu ermöglichen. Hier sind 800 Unterschriften, gesammelt von einer Elterninitiative, die sich seit Monaten erneut um eine Lösung des Problems bemüht. Bereits zu meiner Zeit als Schwachhauser Beiratsmitglied hat uns das Thema mehrfach, eigentlich jedes Jahr zu Schulbeginn ereilt, und auch wenn der Beirat die Ampel immer wieder über alle Fraktionen hinweg einstimmig befürwortet und gefordert hat, ist nichts geschehen.

Erst in der vergangenen Woche hat der Beirat nach etwas hitziger Diskussion erneut den Beschluss für eine Bedarfsampel zur sicheren Querungsmöglichkeit für Schulkinder an dieser Stelle gefordert. Gut, dass der Beschluss des Beirats von dem Beschluss der Einführung einer Fahrradstraße entkoppelt wurde, sodass jetzt wirklich zügig und schnell gehandelt werden kann. Letzte Woche im Beirat gab es plötzlich auch verschiedene Meinungen gegen eine Ampel, weil es einfach nicht geht. Geht nicht, gibt es nicht! Selbst mit dem neuen Beiratsgesetz, und ich zitiere Paragraph 10 Absatz 1 Ziffer 3, das Entscheidungs- und Zustimmungsrechte für verkehrslenkende,

beschränkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen im Stadtteil vorsieht, ist weiter wieder nichts geschehen, sondern diese Kreuzung wurde lediglich in die Begutachtung einer möglichen Fahrradstraße mit aufgenommen. Ich möchte das Engagement der Eltern mit diesem Antrag in der Bürgerschaft weiter unterstützen und den Senat an seine Verantwortung erinnern.

(Beifall bei der CDU)

Muss denn erst etwas geschehen? Müssen wir wirklich darüber anfangen zu diskutieren, was uns ein Kinderleben wert ist? Die Eltern, deren Kinder diesen Schulweg nehmen, leben zwischen ständiger Hoffnung und Enttäuschung: Hoffnung, dass ihr Kind auch ohne diese Ampel täglich heil zur Schule und wieder nach Hause kommt, und Enttäuschung, dass ihre vielen Bemühungen, an dieser Stelle eine Bedarfsampel zu etablieren, immer wieder ins Leere laufen.

Der einzige Erfolg in den letzten Jahren war, dass die Anfangszeiten des Unterrichtsbegins der Grundschule in der Carl-Schurz-Straße und des Kippenberg-Gymnasiums entzerrt worden sind, um die Schülerströme zu entflechten. Damit ist das Problem aber nicht gelöst.

Immer wieder gab es Begründungen, die Ampel nicht zu etablieren. Ganz oben auf der Liste stehen die Kosten, wobei es im Stadtteil mit Sicherheit Ampeln gibt, deren Nutzen und Standort durchaus überdenkenswert sind. Außerdem gab es ständig private Mitfinanzierungsangebote. Die BSAG hat die Bedarfsampel immer abgelehnt, weil in der Stadt des öffentlichen Personennahverkehrs Taktzeiten zu halten sind, aber ich bitte Sie: Können Taktzeiten wichtiger sein als Schulwegsicherung?

Dann bestehen noch die rechtlichen Bedenken des Amtes für Straßen und Verkehr, die nach der Straßenverkehrsordnung Ampeln in Tempo-30-Zonen nicht zulassen. Gerade erst kürzlich aber ist vor einem Aachener Verwaltungsgericht genau diese Regelung nicht in Widerspruch zu unstreitig vorhandenem Sicherheitsbedarf gestellt worden. Zum Schluss hieß es vergangene Woche in dem Sicherheitsaudit zur Wachmannstraße, eine Ampel an der Stelle würde die Sicherheit sogar gefährden, da Passanten - und damit auch die Kinder - bei den zu erwartenden langen Rotphasen animiert würden, die Straße bei rot zu kreuzen, was eine erheblich höhere Gefahr darstelle. Merkwürdig!

Das alles sind Scheinargumente, und es überrascht, dass in den vielen Jahren an der Situation noch keine Änderung herbeigeführt worden ist.

Wie schnell und pragmatisch geht der Senat an anderen Stellen mit Ampeln um! Denken wir an die Querung in der Kurfürstenallee: Bedarf von Rot-Grün festgestellt und von Rot-Grün umgesetzt!

(Abg. Oppermann [SPD]: Ist doch Quatsch!)

Genauso wünsche ich mir das Verhalten des Senats jetzt auch endlich an dieser für Kinder so gefährlichen Kreuzung. Lassen Sie es nicht erst zu einem Unfall kommen!

Offensichtlich hat es gerade in diesem Verkehrsbereich mit der von Rot-Grün so häufig zitierten Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer in der Vergangenheit nicht so recht geklappt.

(Beifall bei der CDU)

Es darf nicht sein, dass die Fahrräder in der Kette der Verkehrsteilnehmer bevorzugt werden und dass die Fußgänger, in diesem Fall sogar überwiegend Kinder, am Ende der Liste stehen.

(Beifall bei der CDU)

Handeln Sie! Nutzen Sie als Senat Ihre Weisungsbefugnis, weisen Sie das ASV an, die Bedarfsampel mit allen Erfordernissen einzurichten, und fordern Sie die BSAG auf, die Geschwindigkeit in der Wachmannstraße auf Tempo 30 zu reduzieren! Setzen Sie den erfreulichen Beiratsbeschluss der vergangenen Woche zügig um!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hamann.

Abg. **Hamann (SPD)*:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Grobien, vielen Dank für den Vortrag! Ich möchte einer Sache gleich vorgreifen: Dem Antrag, den Sie jetzt überarbeitet haben, weil er eigentlich durch den Beiratsbeschluss, den Sie ja völlig zu Recht zitiert haben, obsolet geworden ist, werden wir nicht zustimmen, sondern wir werden an dieser Stelle eine Überweisung in die Verkehrsdeputation vorschlagen, um das Thema dort noch einmal intensiv zu diskutieren. Deswegen möchte ich inhaltlich nicht so sehr auf die Sachen eingehen. Auch ich komme aus Schwachhausen, auch ich war im Beirat Schwachhausen, auch ich kenne die Situation dort aus erster Hand. Die Diskussion gibt es seit zehn Jahren. Sie haben aber auch in Ihrem Antrag geschrieben, es gibt keine Vorkommnisse.

* Vom Redner nicht überprüft.

Das ist noch einmal ganz wichtig herauszuarbeiten, es gibt dort keine Vorkommnisse, das wird Ihnen auch die Polizei noch einmal erläutern.

Ich bin an der Stelle etwas überrascht - und da möchte ich auch gern etwas polemisch werden - als Sie zum Schluss noch einmal auf Ihr Lieblingsthema Kurfürstenallee eingegangen sind: Wenn Sie sich mit den Beiratsbeschlüssen beschäftigt hätten, dann würden und könnten Sie wissen, dass die Forderung nach den Ampeln auf der Kurfürstenallee - und bitte auch nicht im weiteren Verlauf die Richard-Boljahn-Allee vergessen - aus den Beiräten gekommen ist und Schwachhausen stets einstimmig - - .

(Abg. Strohmann [CDU]: Das ist falsch, Herr Hamann!)

Sprechen Sie einmal mit Herrn Fehlberg, dem ehemaligen Beiratssprecher, der würde Ihnen das alles genau an dieser Stelle erläutern können!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Aber selbst wenn es so ist, kann man es doch an dieser Stelle genauso machen, oder nicht?)

Nein, das haben wir doch gerade herausgearbeitet!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Warum nicht?)

Wir werden das in der Deputation gern noch einmal fachlich aufgreifen. Wir möchten dieses Thema an dieser Stelle hier nicht diskutieren, sondern es fachlich in der Deputation vertiefen, dort gehört es hin. An dieser Stelle, Frau Grobien, sollten Sie vielleicht auch einmal ein bisschen weiterdenken! Es gibt noch andere Möglichkeiten. Früher gab es das Konzept der Schülerlotsen, heute heißt es Verkehrshelfer, dies gibt es seit 1953. Es wäre doch einmal eine Sache, über so etwas einmal zu diskutieren, ob wir so etwas dort nicht initiiert bekommen, weil das teilweise schon von den Eltern heutzutage gemacht wird, das wissen Sie, weil Sie da ja immer unterwegs sind. Das wären Sachen, die wir auch zu überlegen haben. Also, wir als SPD möchten das in der Bau- und Verkehrsdeputation behandelt haben. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD - Abg. Röwekamp [CDU]: Das waren jetzt ja nicht so viele Argumente, außer: Ich will nicht!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schilderung der Situation von Kindern im Straßenverkehr, wie wir sie gerade gehört haben, ist nicht nur in der Wachmannstraße so. Es gibt mit Sicherheit in Bremen ganz viele Stellen, an denen die Situation für die Kinder genauso ist, und deswegen ist es erst einmal richtig, darüber nachzudenken, wie man Verkehr so gestaltet, dass Kinder auf dem Weg zur Schule nicht gefährdet werden.

Offensichtlich dauert es zehn Jahre, bis man in der Wachmannstraße eine Lösung findet oder gefunden hat. Jetzt ist die Situation so: Der Beirat hat sich offensichtlich für eine Lösung entschieden, es ist eine Lösung auf dem Weg, und es gibt wie immer in solchen Verkehrssituationen möglicherweise konkurrierende Konzepte. Es ist in der Tat so, dass beispielsweise Fußgängerampeln nicht immer ein Gewinn für die Fußgängerinnen und Fußgänger sind, es kann auch sein, dass sie das Gefährdungspotenzial erhöhen, nämlich dann, wenn die Rotphasen zu lang sind und wenn eine scheinbare Sicherheit sowohl für die Autofahrer als auch für die Fußgänger existiert. Es ist also nicht völlig aus der Luft gegriffen, wenn auch selten.

Deswegen ist es meines Erachtens der richtige Weg, diese Frage in den dafür vorgesehenen Ausschuss zu überweisen und mit dem Amt für Straßen und Verkehr und anderen Beteiligten eine möglichst optimale Lösung zu finden. Ich bin auch sehr dafür, dass man die Frage der Fahrradstraße nicht einfach so als Bevorzugung von Fahrrädern insgesamt sieht, sondern als ein Konzept, das in die Richtung von Shared Space geht, bei dem man die Straßen mit den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern gemeinsam nutzt. Für mich ist der Antrag aber doch ein bisschen so, als würde man ein fahrendes Auto anschieben wollen. Es ist auf dem Weg, dass da etwas Vernünftiges gemacht wird, unter Umständen auch mit einer Temporeduzierung durch die BSAG. Ich bin sicher, dass die Deputation eine vernünftige Lösung finden wird, und wir werden der Überweisung in die Deputation zustimmen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)} Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ja, Frau Grobien, jetzt haben Sie diesen Antrag hier eingebracht und ganz viel von Beiräterechten

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

gesprächen. Ich war auch auf dieser denkwürdigen Beiratssitzung am vergangenen Donnerstag. Ich kann nicht sagen, dass der Beirat Ihre Initiative mit Wohlwollen aufgenommen hat. Die Beiratssprecherin war richtig wütend auf das, was Sie hier angefangen haben. Ihre Kollegen von der CDU im Beirat schauten dabei verstohlen auf den Boden.

(Abg. Frau Grobien [CDU]: So unterschiedlich können Wahrnehmungen sein!)

Das sind unterschiedliche Wahrnehmungen, aber ich habe schon gesehen, wohin die Kollegen geschaut haben,

(Abg. Strohmann [CDU]: Sagen Sie doch einmal etwas Inhaltliches!)

und die waren not amused über das, was Sie da gestartet haben, schon gar nicht über den ursprünglichen Antrag, den Sie eigentlich eingebracht haben, der lautete nämlich etwa so, dass dort fest eine Ampel installiert werden sollte. Das ging an den Gegebenheiten dort völlig vorbei, das haben Sie auch schon gemerkt, deswegen haben wir eine Stunde vor Beginn dieser Sitzung dann einen ganz anderen Antrag bekommen. Deswegen muss ich auch gar nicht mehr sagen, was in meiner alten Rede stand, sondern kann eigentlich fachlich auf die Diskussion im Beirat Schwachhausen eingehen, Frau Grobien, die nämlich viel differenzierter gewesen ist.

Eine probeweise Aufstellung einer Ampel bedeutet, dass man sich nicht ganz sicher ist, ob das die richtige Lösung ist, sonst würde man keine probeweise Aufstellung einer Ampel machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist doch vollkommen klar und liegt doch auf der Hand. Sie sollten das fachlich schon ein bisschen differenzierter betrachten. Herr Kollege Rupp hat es richtig gesagt, diese Ampel kann eine trügerische Sicherheit sein, wenn nämlich diejenigen, die sie benutzen, so lange warten müssen, dass sie keine Lust mehr haben zu warten und dann einfach spontan hinübergehen. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass es hier erst einen fachlichen Abwägungsprozess geben muss. Dieser ist auch im Beirat noch nicht zu Ende. Der Beirat hat zur Kenntnis genommen, dass das Amt für Straßen und Verkehr durchaus fachliche Bedenken hatte - deswegen eben auch die probeweise Aufstellung der Ampel - und hat gesagt, er möchte sich im Verkehrsausschuss mit den Fachleuten beraten, um zu schauen, ob diese Bedenken wirklich ernsthaft sind oder ob man die pro-

beweise Aufstellung der Ampel dort trotzdem versuchen sollte.

Sie haben das Beirätegesetz erwähnt, das, finde ich, war das Lustigste dabei, Sie haben aber nicht erwähnt, wie das Prozedere zwischen Stadtbürgerschaft und Beiräten eigentlich aussieht: Die Stadtbürgerschaft wird dann vom Beirat angerufen, Frau Grobien, wenn es einen Konflikt zwischen Verwaltung und Beirat gibt. Hier ist es nun so gelaufen, dass Sie erst einen völlig unsinnigen Antrag gestellt haben - dieser ist viel besser, das sage ich auch, darin stehen Aspekte, über die man ernsthaft diskutieren muss -, aber Sie haben den Geist des Beirätegesetzes, obwohl Sie lange genug im Beirat waren, überhaupt nicht richtig begriffen! Es ist, finde ich, eigentlich das Bedauerliche bei dieser ganzen Geschichte, dass es hier - und deswegen war die Beiratssprecherin auch so sauer auf das, was Sie da vom Zaun gebrochen haben - so, wie Sie das angefangen haben, mit Sicherheit kein gedeihlicher Umgang mit den Beiräten war, sondern eine eklatante Missachtung der Beiratsrechte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben jetzt Teile von dem übernommen, was der Beirat am Donnerstag beschlossen hat, deswegen bin ich dafür, diesen Antrag in die Deputation zu überweisen, damit das Prozedere, das eigentlich vorgesehen ist, nämlich dass der Beirat erst einmal feststellt, kann ich Einvernehmen mit der Verwaltung herstellen, was den Geist des Beirätegesetzes ausmacht, auch wirklich eingehalten wird. Sollte es dann so sein, dass der Beirat sagt, dieser Konflikt ist unauflösbar, wir wollen mit euch in der Deputation darüber sprechen, dann werden wir uns das ganz wohlwollend alle miteinander anschauen, was der Beirat wirklich will, aber das muss erst einmal formuliert werden, und deswegen bin ich eindeutig dafür, dass dieser Antrag erst einmal an die Deputation überwiesen wird. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Grobien, die gute Nachricht haben Sie ja schon selbst mitgeteilt: Es ist an dieser Stelle noch kein Unfall passiert! Wir wollen auch alle, dass das so bleibt. Ich möchte aber deswegen auch darauf hinweisen, dass wir uns möglicherweise noch einmal genauer den Unterschied zwischen einer objektiven Gefährdungssi-

tuation und dem subjektiven Sicherheitsbedürfnis anschauen müssen.

Wir nehmen auch das subjektive Sicherheitsbedürfnis sehr ernst, das sage ich auch ganz ausdrücklich, aber solange wir unterschiedliche fachliche Einschätzungen haben, bitte ich dann auch darum, dass die Fachkompetenz des ASV insgesamt ernst genommen wird. Ich zumindest nehme als der zuständige Senator die Fachmeinung des ASV ernst. Ich weiß, dass das ASV manchmal in der Kritik steht, aber das ASV verfügt über Fachkompetenz und macht sich anhand bundesweiter Statistiken und bundesweiter Auswertungen des Unfallgeschehens kundig. Das muss deswegen nicht das letzte Wort sein. Wir können das auch noch einmal sowohl unter dem Aspekt des objektiven Gefährdungspotenzials als auch des subjektiven Sicherheitsempfindens überprüfen, und ich denke, das sollten wir tun.

Deswegen halte ich es für einen sehr guten Vorschlag, wie jetzt hier auch von verschiedenen Abgeordneten vorgeschlagen worden ist, dass Sie diese Thematik an die Deputation überweisen. Wir werden dort alle Fakten auf den Tisch legen, dann sorgfältig analysieren und dann zu einer, wie ich glaube, guten Lösung kommen, damit auch weiterhin, wie schon in der Vergangenheit, an dieser Stelle keine Unfälle passieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beantragt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Sitzungen der Stadtbürgerschaft übertragen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. August 2011
(Drucksache 18/19 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft beantragt worden.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Stundenkürzungen an Schulen zurücknehmen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. August 2011
(Neufassung der Drucksache 18/20 S vom 16. August 2011)
(Drucksache 18/22 S)

Wir verbinden hiermit:

Lehrerstundenzuweisung: Transparenz herstellen und Unterricht sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. August 2011
(Drucksache 18/24 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Herbst letzten Jahres hat die Deputation für Bildung gemeinsam eine Stellungnahme zum sogenannten Benchmarking-Bericht beschlossen, das ist der Ländervergleich im Bildungsbereich. In dieser Stellungnahme, der sich übrigens alle Fraktionen angeschlossen haben, wurde darauf hin-

* Von der Rednerin nicht überprüft.

gewiesen, dass Bremen das einzige Bundesland ist, das seine Ausgaben pro Schüler und Schülerin im Zeitraum von 1995 bis 2007 gesenkt hat. Im Jahr 1995 waren es 5 200 Euro, 2007 waren es noch 4 900 Euro, und 5 200 Euro im Jahr 1995 wären inflationsbereinigt im Übrigen gerade 6 460 Euro. Bremen liegt damit ungefähr 20 Prozent gegenüber anderen Stadtstaaten zurück. Bremen liegt damit auch unter dem Bundesdurchschnitt. Seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün vor vier Jahren hat sich nicht viel daran geändert. Im Jahr 2008 lagen die Ausgaben pro Schüler in Bremen bei 5 000 Euro, im Jahr 2011 liegen sie laut dem derzeit aktuellen Controlling-Bericht bei 4 900 Euro.

Bremen ist damit nach wie vor dabei, den Anschluss zu verpassen, und das, obwohl wir als einziges Bundesland seit Jahren den letzten PISA-Platz abonniert haben. In den letzten Monaten wurde in der öffentlichen Diskussion ziemlich deutlich, dass die Inklusion an öffentlichen Schulen nicht kostenneutral zu haben ist. Frau Jürgens-Pieper erklärte dazu in der Deputationssitzung am 16. August, es wäre leider dem Grunde nach schon richtig, dass zurzeit die Oberstufen für die Inklusion zahlen müssten, weil keine zusätzlichen Mittel im Budget da seien; die Inklusion solle nunmehr aus der sogenannten demografischen Rendite finanziert werden.

Wenn man sich einmal die Bildungsausgaben im Haushalt genau ansieht, dann stellt man eines fest: Vom Jahr 2007 bis zum Jahr 2010 sind die Personalausgaben für die öffentlichen Schulen in Bremen etwa gleich geblieben. Der Personalbestand ist allerdings um 3,2 Prozent in dem Zeitraum gesunken, das heißt, die demografische Rendite wurde in den Jahren also weitgehend für Tarifsteigerungen ausgegeben.

Wir geben also die demografische Rendite mindestens dreimal aus: erstens für Inklusion, zweitens für Tarifsteigerungen, drittens für die allgemeine Verbesserung des Unterrichts, wie es im Bildungskonsens versprochen worden ist. Es ist auch ziemlich egal, ob es um Leitungszeit oder um Stärkung der Grundschulen geht, es muss immer die demografische Rendite erhalten. Jetzt soll sie auch noch zusätzlich vom Finanzressort kassiert werden, denn die 1,2 Prozent Kürzungsquote haben Sie ja in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Dazu kommt allerdings erschwerend, dass diese demografische Rendite gar nicht existiert, das musste selbst Frau Jürgens-Pieper in der Sitzung der Bildungsdeputation am 16. August einräumen. Wir haben aktuell steigende Geburtenzahlen, und wir haben in diesem Jahr mehr Schulanfänger und Schulanfängerinnen als in den letzten Jahren.

In diese Situation platzte in letzter Sekunde vor den Ferien die Ankündigung des Bildungsressorts, den öffentlichen Schulen vor allem an den gymnasialen Oberstufen Lehrerwochenstunden im Umfang von 57 Lehrerstellen zu streichen. Das hätte bedeutet: Geplante Neueinstellungen können nicht vorgenommen werden, Kurse müssen zusammengelegt oder gestrichen werden, oder Schulen können wichtige Profile in der Oberstufe nicht mehr anbieten; fertig ausgebildete Referendare können nicht übernommen werden und gehen eventuell in andere Bundesländer. Nachdem Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen und die Öffentlichkeit sich damals ungläubig die Augen gerieben haben, ist eine wahnsinnige Protestwelle losgebrochen, und ich muss sagen, zum Glück! Das hat immerhin dazu geführt, dass die Streichung der Schulverweigerungsprojekte zurückgenommen worden ist und ein großer Teil der Stundenkürzungen erst einmal ausgesetzt worden ist, wobei wir sagen, aussetzen heißt in dem Fall nur verschieben. Eines ist doch klar: Wenn die Behörde Stundenzuweisungen für den integrierten Schulanfang, für Schulversuche, für Erprobungen und Profilbildungen auf den Prüfstand stellt, bedeutet das letztendlich nichts anderes, als dass sie im nächsten Jahr wirken werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Schließlich hat Frau Jürgens-Pieper bereits jetzt gesagt und zwei Mal in den Deputationssitzungen betont - sowohl in der städtischen als auch in der staatlichen -, dass das Budget überschritten sei und für Inklusion kein zusätzliches Geld in das Budget der Behörde eingestellt worden sei. Das ist aber keine Lösung! Ich erinnere an dieser Stelle an mehrere Interviews von Herrn Bürgermeister Böhrnsen vor der Wahl, in denen er gesagt hat, die Investition in Bildung sei eine zentrale Aufgabe der neuen Regierung. Schade, das war nämlich vor der Wahl! Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler erleben nämlich seit drei Wochen, was die Kürzungen im Umfang von 600 Stunden bedeuten. Obwohl in der städtischen Deputation von Frau Jürgens-Pieper betont wurde, dass in dem jetzigen Doppeljahrgang, der in diesem Jahr Abitur macht, keine Kurse zusammengelegt werden sollen, bleibt den Schulleitern faktisch gar nichts anderes übrig. Wir erleben es im Moment an der Schule Hamburger Straße, denn sie stehen dort vor der dummen Situation, die Kürzungen umsetzen zu müssen, ob sie es wollen oder nicht.

Angesichts dessen kann man sich eigentlich nur diesem Bremer Bündnis für Bildung anschließen, das sich in den letzten Tagen gegründet hat und fordert: mehr Geld für gute Schulen, keine Kür-

zungen, sondern Erhöhung der Bildungsausgaben!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte hier einmal einen Querverweis machen: Die Überziehung des Bildungsetats in diesem laufenden Haushaltsjahr wäre angesichts der neuen Steuereinnahmen überhaupt kein Problem. Von daher führt unserer Meinung nach an der Rücknahme der Stundenkürzungen überhaupt kein Weg vorbei. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Ein Bundesland, das im Wettlauf mit den anderen Bundesländern in der Bildung ganz hinten liegt und überhaupt immer die schlechtesten Plätze belegt, immer im hinteren Drittel landet, kann sich eine solche Kürzung überhaupt nicht leisten. Eine gute schulische Bildung ist ein zentraler Faktor von gleichwertigen Lebensverhältnissen. Bremische Schülerinnen und Schüler, egal, welcher Herkunft, egal, ob gut oder schlecht, egal, aus welcher Schicht und mit welchem Integrationsbedarf, haben ein Anrecht auf eine gleichwertige Bildung.

Es ist selbstverständlich die Pflicht einer jeden Landesregierung, insbesondere einer rot-grünen, entscheidende Schritte einzuleiten, um eine im bundesweiten Vergleich zumindest ordentliche Schulbildung herzustellen. Abgesehen von der Bildungspolitik, darauf möchte ich auch noch einmal zurückkommen, sind diese Kürzungsrunden auch ökonomisch völlig unsinnig. Die Schülerzahlen sind bis zum Jahr 2007 vor allem durch Wanderungsbewegungen gesunken, das heißt, mehr Eltern mit Kindern haben sich entschieden, in ein anderes Bundesland zu gehen. Das kostet uns aber bares Geld, denn die bremischen Steuereinnahmen hängen im Wesentlichen von der Zahl der Einwohner ab. Wir sind also gut beraten, jungen Familien in Bremen auch ein gut ausgestattetes Bildungssystem anzubieten. Ein hervorragendes Schulsystem wäre einer der wichtigsten Standortfaktoren, und ich glaube, das ist auch wichtiger als die Installation neuer Gewerbeparks.

Schließlich möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir diesen Antrag gestellt haben, die Stundenkürzungen nicht auszusetzen, sondern wirklich zurückzunehmen, denn die Stundenkürzungen wurden an den budgetierten Schulen zurückgenommen, weil sie einen Vertrag mit der Behörde haben, das heißt, man kann diesen Vertrag nicht brechen. Diesen Schulen wurde jetzt zugesichert, die geplanten Kürzungen würden überprüft werden. Es ist daher ein Gebot der Gleichbehandlung, den anderen Schulen, vor allen Dingen den jetzt betroffenen gymnasialen Oberstufen, diese Überprüfung der Kürzungen auch zuzugestehen, zumindest wenn wir die Aus-

sage der Behörde, sie werde überprüfen, ernst nehmen wollen und die Schulleiter der anderen Schulen darauf vertrauen sollen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. vom Bruch.

Abg. **Dr. vom Bruch (CDU)*:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Jürgens-Pieper, was Sie geschafft haben, das ist schon rekordverdächtig! Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag ist kaum zwei Monate getrocknet, und schon haben Sie es geschafft, die ganze Stadt, die ganze Bildungswirklichkeit, die Schulen, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler gegen sich aufzubringen. Die Kollegin ist eben auf die Einzelheiten eingegangen. Sie haben es nach der Wahl, bemerkenswerterweise aber vor den Ferien, für richtig gehalten, Kürzungsabsichten bekanntzugeben, die nicht nur Ihren politischen Gegner - also uns - überrascht haben, sondern auch Ihre eigene Fraktion. Sie haben das auffälligerweise zu einem Zeitpunkt getan, als die Zahlen zum Bildungsmonitor veröffentlicht wurden, und wir haben eine geradezu skurrile Diskussion geführt. Wir haben wieder einmal im Bereich der Schulqualität den sechzehnten Platz hingelegt, wir haben wieder einmal einen Abstiegsplatz belegt, wir haben wieder einmal dokumentiert bekommen, wie notwendig und bitter nötig hier in Bremen verstärkte Anstrengungen im Bereich der Schulqualität sind, und Sie haben im gleichen Zeitraum Kürzungsabsichten verkündet. Meine Damen und Herren, das ist genau das Gegenteil von dem, was hier in Bremen notwendig wäre!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben aber noch etwas anderes getan, und das ist möglicherweise fast noch schlimmer: Sie haben offenbart, dass Ihr Ressort erhebliche Steuerungsschwierigkeiten im Bereich des Personalbudgets hat. Sie haben einen erheblichen Vertrauensverlust in die politische Wirklichkeit provoziert, aber auch das wäre noch nicht einmal das Schlimmste. Sie haben - und das ist das, was wir Ihnen hauptsächlich vorwerfen - es geschafft, das Vertrauen, das wir zuvor gemeinsam mit dem Bildungskonsens hergestellt haben, nachhaltig zu verletzen. Sie haben den Bildungskonsens, den Schulkonsens infrage gestellt, und das ist unverzeihlich!

(Beifall bei der CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Sie haben aber noch etwas anderes getan: Sie haben in dieser Stadt Verunsicherung, Sie haben Enttäuschung herbeigeführt, und Sie haben wieder einmal einen erheblichen Vertrauensverlust in die Politik provoziert. Wir haben gedacht, dass mit dem Schulkonsens auf Jahre hinaus dieses Vertrauen in der Bildungswirklichkeit geschaffen worden ist. Dieses Vertrauen haben Sie nachhaltig beschädigt, und ich befürchte, wenn ich mir die Veröffentlichungen diesbezüglich und die Gründung der Initiativen anschau, dass dieses Vertrauen auch schwer wiederherzustellen sein wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bereits gesagt, dass das Infragestellen unseres guten Weges zu mehr Schulqualität ebenfalls ein Problem ist. Ich habe gedacht, dass wir hier in Bremen diese Diskussion fundamentalistischer Art über die Ausstattung und Strukturen von Schulen endlich hinter uns gelassen haben. Sie haben diese Diskussion erneut aufleben lassen, und das ist etwas, was wir Ihnen an dieser Stelle vorwerfen müssen. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen Ihrer Bildungspolitik. Sie haben einen fundamentalen und fulminanten Fehlstart in diese neue Legislaturperiode hingelegt, und das ist den Veröffentlichungen und den Reaktionen in der Stadt auch eindeutig zu entnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was wir Ihnen vorhalten, ist nicht nur die Frage, inwieweit Sie in der Lage sind, Personalhaushalte und -etats sachgerecht zu steuern, sondern wir haben den Eindruck, dass Sie jetzt anfangen, scheinbar die Realitäten auf den Tisch zu legen. Dass wir nach den Wahlen nun langsam, aber sicher erfahren, wie die Wirklichkeit in Ihrem Etat wirklich ist und inwieweit tatsächlich angeblich Bildung ein Schwerpunkt für Sie ist, das sind Lippenbekenntnisse, die Sie mit materiellen und finanziellen Tatsachen nicht unterlegen, sie haben Behauptungscharakter, und Sie haben nichts dafür getan, sie mit Glaubwürdigkeit zu untermauern.

(Beifall bei der CDU)

Die Kollegin hat bereits darauf hingewiesen, dass die demografische Rendite, von der Sie immer berichten, mehrfach überbucht ist. Sie haben noch nicht abgedeckt, dass vom nächsten Jahr an 1,2 Prozent des Personalhaushalts zusätzlich eingespart werden müssen. Sie haben noch nicht erwähnt, dass der konsumtive Haushalt mit vier Millionen Euro überzogen ist, von denen Sie sich nur zwei Millionen Euro selbst vorgestellt haben, decken zu können. Sie haben in Ihrem Haushalt Ri-

siken, über die Sie hier berichten müssen. Wir sind gespannt auf das, was Sie hier zu berichten haben, unter anderem auch in der Deputation, wo Sie Ihren Controlling-Bericht Ende September vorlegen müssen. Dann werden wir weitersehen.

Angesichts einer solchen Lage könnte man ja auf die Idee kommen, dass der Senat möglicherweise unter dem Aspekt und unter der Überschrift, Bildung soll ein Hauptanliegen des Senats, dieser Regierung sein, dieses Thema aufgreift. Von der Finanzsenatorin haben wir nichts anderes gehört als ein lapidares Nein. Das könnte mein Telefonanrufbeantworter auch. Aus dem Rathaus hört man, wie üblicherweise zu Landesthemen und zu diesem Thema, nichts.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie mit ihr gesprochen oder mit ihrem Anrufbeantworter?)

Nein, Sie haben in der öffentlichen Wahrnehmung nichts, aber auch rein gar nichts dazu beigetragen! Lediglich ein lapidares Nein ist aus dem Finanzressort gekommen, aus dem Rathaus hört man nichts. Herr Böhrnsen hat wie üblich zu Landesthemen und zu städtischen Themen hier keine Meinung, Bundesthemen sind ja ein bisschen etwas anderes.

Meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen vor: Lassen Sie uns an dieser Stelle tatsächlich gemeinsam den Begriff Bildung zu einem Hauptanliegen dieses Landes machen! Folgen Sie unserem Antrag, stoppen Sie die hier in Rede stehenden Kürzungen, berichten Sie, Frau Senatorin, über die Folgen, und zwar exakt bezogen auf die einzelnen Schulen! Lassen Sie uns die Transparenz mit den Schulen herstellen, lassen Sie uns mit den Schulen und den Beteiligten darüber sprechen! Anschließend können wir dann entscheiden, sollten wir dann entscheiden, aber so, wie Sie es hier vorgeschlagen haben, mit einer kategorischen Kürzung in für uns so wichtigen Bereichen, das ist mit uns nicht zu machen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abg. **Güngör (SPD)**^{*)}: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. vom Bruch, wenn Sie den Bildungskonsens hier infrage stellen und behaupten, er wäre von uns verletzt worden, dann finde ich das schon sehr abenteu-

 *) Vom Redner nicht überprüft.

chen, sich vom Bildungskonsens zu verabschieden, dann sagen Sie das hier ganz deutlich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Ich habe das Gegenteil davon gesagt!)

Wir als rot-grüne Koalition werden diese Schulreform weiter verlässlich gestalten. Richtigzustellen ist hier, lieber Herr Dr. vom Bruch, dass es bei dem eingeleiteten Maßnahmenpaket nicht, wie fälschlich angenommen, um eine Kürzung des Bildungsbudgets geht, auch nicht um eine Kürzung der vorhandenen Stellen, sondern vielmehr ist es der Versuch, mit den Haushaltsmitteln, die von uns vorgegeben worden sind, trotz wachsender Aufgaben auszukommen. Wir hätten uns natürlich - das haben wir auch in der Deputation gesagt - gewünscht, dass diese Maßnahmen erst geprüft, dann vorgeschlagen und kommuniziert worden wären. Das ist nicht passiert, aber wir haben uns in der Deputation auf einen Weg verständigt, der auch richtig ist.

Ein Grund, der hier schon genannt wurde, allerdings auch etwas durcheinander, die Inklusion: Ja, die Inklusion wird gut angenommen, das ist auch gut so. Weitaus mehr Eltern behinderter Kinder haben sich für Regelschulen entschieden, und wir wollten den Kindern kurze Wege ermöglichen beziehungsweise lange Schulwege ersparen. Diesen Kindern ist ein Platz in Wohnortnähe angeboten worden, das hat natürlich dazu geführt, dass zusätzliche Klassen eingerichtet werden mussten, und weil wir den Eltern diese Wahlfreiheit zugesichert haben, müssen wir nun auch für eine gewisse Phase Parallelstrukturen finanzieren, bis die Förderzentren auslaufen.

Einige weitere Maßnahmen, die in diesem Paket enthalten sind, möchte ich hier einmal ansprechen, weil meine Vorredner das geschickt umgangen haben, denn sie haben überhaupt nichts zu den Maßnahmenpaketen gesagt, die wir in der Bildungsdeputation besprochen haben. Wir wissen, dass die gymnasialen Oberstufen im Vergleich zu den anderen Schulstufen besser ausgestattet sind, und bisher wurden die Lehrerstunden pro Schüler nach den Anmeldezahlen in der Einführungsphase zugewiesen. Wenn aber Schüler in der Einführungsphase oder im Übergang zur Qualifikationsphase abgegangen sind, so war die gymnasiale Oberstufe gegenüber anderen Schulstufen im Vorteil, weil sie dann mehr Lehrerstunden hatte, als es durch die Schülerzahl gerechtfertigt war; auch wenn diese Stunden dann natürlich für andere sinnvolle schulische Maßnahmen genutzt worden sind, ist das auch ein falscher Anreiz für die jeweiligen Oberstufen. Zukünftig soll der Lehrbedarf in der Sek II dementsprechend

nach den tatsächlichen Schülerzahlen berechnet werden. Im Übrigen ist das in Bremerhaven schon längst Praxis.

Wir haben auch deutlich gemacht, dass bei der Umsetzung in der Stadtgemeinde Bremen aus unserer Sicht erstens der Doppeljahrgang nicht belastet und zweitens natürlich auch vor allem das Abitur der Schülerinnen und Schüler nicht gefährdet werden darf, indem prüfungsrelevante Fächer zusammengelegt werden.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Wird er aber!)

Das hat uns das Ressort zugesichert. Deshalb gehen wir davon aus, dass es im Rahmen einer guten Organisation einer Schule möglich ist, dies zu gestalten, und das traue ich im Übrigen den Schulleiterinnen und Schulleitern in Bremen zu!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese wegfallenden Stunden sollen auch, wenn noch mehr übrig bleiben, in den Primarbereich oder in die Sek I einfließen, und bereits zum letzten Schuljahr haben wir die Klassenfrequenz gesenkt, auch das ist mit Mehrkosten verbunden. Im Übrigen wird uns eine entsprechende Umschichtung von oben, von den oberen Schulstufen in die unteren, auch seit Jahren von den Bildungsexperten empfohlen.

Weitere vor der Sommerpause angekündigte Stundenreduzierungen sind seit der Sondersitzung auf dem Prüfstand, unter anderem die Anschubfinanzierung für den integrierten Schulanfang. Inzwischen nutzen die Schulen nämlich diese Anschubfinanzierung laut Ressort längst für andere Maßnahmen. Bereits im letzten Jahr hat auch der Rechnungshof darauf hingewiesen, dass die Ausstattung der Grundschulen sehr unterschiedlich ist, selbst wenn das soziale Umfeld vergleichbar ist. Solange der offene Schulanfang nicht gefährdet ist, finden wir es daher richtig, wenn die Zuweisungen auch überprüft und mittels transparenter und nachvollziehbarer Zuweisungskriterien neu gestaltet werden. Das dient doch am Ende der gerechten Gestaltung, der gerechten Verteilung von Stunden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Umschichtungen, das haben wir auch deutlich gemacht, dürfen nicht die besondere Profilbildung von Schulen gefährden, wie zum Beispiel Projekte zur Stärkung der MINT-Fächer oder die Kooperation der Kammerphilharmonie mit der Gesamtschule Ost. Das würden wir

auch nicht mittragen, auch nach den Prüfungen nicht. Auch eine Verkürzung schulübergreifender Sprachkurse ist mit unseren gesetzten Schwerpunkten nicht vereinbar. Sollte am Ende dieser Prüfung noch ein Finanzierungsdefizit vorhanden sein, dann ist natürlich auch der Senat gefordert, hier nachzusteuern und einen Vorschlag zu erarbeiten. Sollte die demografische Rendite nicht ausreichen, dann muss auch hier nachgesteuert werden, das ist auch klar, aber jetzt stellen wir uns erst einmal den aktuellen Herausforderungen und gehen den in der Deputation verabredeten gemeinsamen Weg.

Im Antrag der CDU werden Zahlen gefordert, die wir größtenteils schon in der Sondersitzung bekommen haben, weiterhin möchten Sie etwas zu den Auswirkungen wissen. Auch die haben wir erfragt, und diese werden wir in den nächsten Sitzungen auch beraten, das ist auch mit Bestandteil des Prüfauftrags. Ich hatte bei beiden Rednern ein wenig den Eindruck, sie hätten an der Sitzung der Deputation für Bildung nicht teilgenommen.

Der Antrag der LINKEN ist wie immer verkürzt.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Haben Sie eigentlich auch Argumente, die weniger billig sind?)

Ja, lieber Herr Rupp! Er ist wie immer verkürzt, populistisch und ohne jeglichen sachlichen Bezug zur Realität. Das kennen wir von Ihnen, deshalb werden wir auch beide Anträge ablehnen und diesen Weg, den wir in der Deputation verabredet haben, gehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie kann gute Bildung in Bremen unter Einhaltung des Bildungsbudgets gelingen? Das ist die Frage, die wir hier diskutieren, da haben wir unterschiedliche Meinungen gehört. Das kann gelingen, davon sind wir überzeugt, wenn die Ausrichtung klar ist, wir haben den Bildungskonsens, und wir werden ihn nicht aufkündigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Budget der Bildungssenatorin ist zum Glück auch gar nicht so gering, wir müssen doch einmal schauen, was hier wirklich los ist! Zu Beginn des Schuljahres sind zwei sehr erfreuliche Entwick-

lungen eingetreten, davon haben wir gehört: Es gibt mehr Kinder in den ersten Klassen - wollen wir uns nicht darüber freuen, dass es so ist? -, und 87 Prozent der Eltern behinderter Kinder haben sich entschieden, ihre Kinder in eine Regelschule einzuschulen. Es ist ein enormes Vertrauen, das da in uns gesetzt wird, und das werden wir auch rechtfertigen. Ich möchte das an dieser Stelle noch einmal würdigen.

Wir haben durch die UN-Behindertenkonvention den Auftrag bekommen, Inklusion als Menschenrecht einzuführen, und während im ganzen Bundesgebiet noch alle fragen, wie sollen wir das denn machen, haben wir Bremerinnen und Bremer diesen Auftrag angenommen, und wir werden das auch so rechtfertigen, und wir werden das Vertrauen, das in uns gesetzt wird, rechtfertigen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Damit es gelingt, Inklusion zur Selbstverständlichkeit zu machen, werden wir alle unseren Beitrag liefern. Sehr geehrte Frau Vogt, Sie haben es gefordert, wir wollen eine gleichwertige Bildung für alle, und das gilt natürlich auch für die behinderten Kinder und die Grundschüler. Das bedeutet aber auch, dass die vorhandenen Ressourcen innerhalb des Bildungshaushalts nicht gekürzt, sondern verschoben werden müssen. So weit, so gut! Wir Grüne sagen aber auch, gerade da, wo es kompliziert ist, müssen wir ganz exakt hinschauen. Natürlich ist es schwierig, wenn man umverteilen muss, denn da, wo einer etwas bekommt, müssen andere etwas abgeben, und so ist es ja: Es haben nicht alle abgegeben! Die Grundschulen und die Inklusionskinder haben etwas dazubekommen, und dort gibt es keine Unzufriedenheit, sondern Zufriedenheit.

Wir müssen also genau hinschauen und fragen: Welche Maßnahmen sind wirklich notwendig, und sind sie verträglich? Darum haben wir Grüne eine Sondersitzung der Bildungsdeputation beantragt, und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, haben sich dem dann angeschlossen. Wir sagen auch in aller Deutlichkeit: Ja, wir hätten uns gewünscht, dass die Angelegenheit früher mit den Schulen besprochen wäre, und wir wünschen uns für die Zukunft rechtzeitige und transparente Informationen für die Schulen, gerade wenn es schwierig ist, denn nur dann kann man zu guten und für alle tragbaren Lösungen kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In der Sondersitzung haben wir genau hingeschaut, und wir haben festgestellt, dass unter an-

derem beim jahrgangsübergreifenden Unterricht Kürzungen geplant worden waren, es ist hier bereits gesagt worden, und bei den Stunden zur Profilbildung. Gerade der jahrgangsübergreifende Unterricht ist aber für die Förderung, im Übrigen nicht nur der schwächeren Schülerinnen und Schüler, notwendig. Die altersgemischten Gruppen fördern die Chancen für den Lernerfolg und auch die sozialen Kompetenzen. Gegen diese Kürzungen haben wir Grüne uns erfolgreich gewehrt und sind zu einer Einigung mit dem Ressort gekommen. Die Hälfte der Kürzungen, nämlich 600 Lehrerstunden der geplanten Umverteilung, werden zunächst nicht durchgeführt. Die Schulen haben hier also wieder Planungssicherheit, und diese ist notwendig. Nun werden wir bis Februar genau prüfen, ob überhaupt noch weiter umverteilt werden muss, und wenn ja, wie dies verträglich und zumutbar geschehen kann.

Den von den jetzigen Kürzungen betroffenen gymnasialen Oberstufen wurde vom Ressort zugesagt, dass das Abitur bei keiner Schülerin und keinem Schüler durch die Umverteilung gefährdet sein darf und dass die Doppeljahrgänge entsprechend ihrer Schülerzahl berücksichtigt werden. Wenn es anders sein sollte, dann müsste hier noch einmal nachgesteuert werden. Natürlich tut Umverteilung weh. Wer hätte denn kein Verständnis für die Forderung des neu gegründeten Bündnisses? Wir sagen aber auch, wir müssen den Haushaltsplan einhalten, und Umverteilungen, die für die einen Kürzungen bedeuten, bedeuten für die anderen zusätzliche Lehrerstunden.

So komme ich an den Anfang meiner Ausführungen zurück! Wir müssen alle unseren Beitrag liefern, wenn wir Inklusion und gute Startbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler ernst meinen. Das geht aber nur, wenn die Beteiligten einen gemeinsamen Informationstand haben und ernsthaft und frühzeitig informiert und beteiligt werden. Wir brauchen eine regelgesteuerte, transparente Verteilung der Ressourcen, und dafür machen wir Grüne uns stark. Die Umverteilung aber nun komplett auszusetzen, damit den laufenden Schulbetrieb erneut durcheinanderzubringen und einmal eben so den Haushalt zu überziehen, wie die Opposition es jetzt vorschlägt,

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Die Schulen wären begeistert!)

das kann nun wirklich kein ernsthafter Lösungsvorschlag sein! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fragen Sie doch einmal die Schulen, was sie davon halten, wenn sie ihre Stunden zurückbekommen! Ich glaube, sie wären begeistert.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Grundschulen, zum Beispiel?)

Ich spreche von den Oberstufen! Sie wissen ganz genau, dass die Umverteilung zulasten der Oberstufen erfolgt, und darauf weise ich noch einmal hin, Herr Güngör.

Wir haben wie die CDU in der städtischen Bildungsdeputation im Antrag gefordert auszusetzen, und gerade diese Bildungsdeputation hat uns eigentlich veranlasst, diesen Antrag hier so zu stellen, dass wir sagen, wir wollen die Zurücknahme. Es hat nämlich folgenden Grund, und da haben Sie mir vorhin nicht zugehört: Wir haben seit 15 Jahren sinkende Bildungsausgaben. Ich weiß, dass in den letzten zwei Jahren ein bisschen umgeschichtet worden ist. Wir bemühen die demografische Rendite, die es so gar nicht gibt, in vierfacher Hinsicht. Frau Jürgens-Pieper sagt, in der Bildungsdeputation ganz klar, sie habe für die Inklusion, von der sie zweieinhalb Jahre lang gesagt hat, das sei eine wahnsinnig teure Angelegenheit und koste 100 zusätzliche Stellen, keine zusätzlichen Mittel bekommen.

Wir wollen diese Inklusion, wir wollen auch die Ausstattung der Oberschulen, weil das für Bremen ein erfolgreiches Modell sein kann, aber dann sagen wir auch, bitte schön, dann gibt diesem Modell auch mehr Geld. Das Problem ist, die Berechnungen für die Oberstufen - und das hat ein Schulleiter einmal ganz schön dargelegt -, die Sie da jetzt machen - -. Das ist ganz einfach, man kann einfach sagen, Leute, wir haben kein Geld mehr, ihr bekommt nichts mehr, und dann gibt es keine Profiloberstufen mehr, ganz einfach! Es geht dann zurück in ein System der Siebziger, in dem die Schüler nicht mehr auswählen können. Das haben Schulleiter vorgerechnet, weil sie gesagt haben, Profile kosten einfach Geld. Man kann nicht einfach Kurse zusammenlegen, man muss den Schülern irgendwie unterschiedliche Parallelkurse anbieten, sie müssen den Übergang haben.

Zu der Frage der Abgänge haben Schulleiter auch etwas ganz Interessantes gesagt! Sie beschulen in der Eingangsphase überwiegend Schüler, die

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Es ist total vernünftig, dass diese Schüler in die Schule gehen und dann noch Sprachen lernen, anstatt ein Jahr zurückzugehen oder zu Hause zu sitzen, bis sie ihren Ausbildungsplatz bekommen haben.

Es ist total klar - das hat ein Schulleiter auch einmal so gesagt, ich kann es ganz zynisch machen-, wenn ich diese Zahlen weiter haben will, die ich dann nachher tatsächlich in der Qualifizierungsphase brauche, dann lasse ich niemanden mehr nach der Eingangsphase abgehen, dann lasse ich niemanden mehr sitzen bleiben, und dann ziehe ich alle Schüler bis zum Abitur durch. Die Hälfte fällt zwar durch, weil sie im Unterricht nicht mehr mitgekommen ist, weil die Kurse einfach auch weiterhin überfüllt waren, aber dann bekomme ich wenigstens mehr Mittel. Das ist der zynische Umkehrschluss dieser Begründung der Kürzung an den Oberschulen.

(Abg. Güngör [SPD]: Rufen Sie doch einmal in Bremerhaven an!)

Gehen Sie zu den Schulleitern, die sagen Ihnen, wir können das alles billiger machen! Sie können es billiger machen, aber dann muss man sich von den Profiliberschulen verabschieden, und dann muss auch die Bildungsbehörde sagen, okay, das ist der Weg, den wir gehen. Das wäre zumindest ehrlich. Man kann aber nicht eine Schulreform beschließen, die sinnvoll ist, sie aber nicht ausreichend finanziell unterlegen und dann sagen, gut, dann leiden einfach die Oberstufen darunter. Das ist das, was wir monieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. vom Bruch.

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Güngör, es ist schon bemerkenswert, wie Sie hier Nebelkerzen werfen. Sie machen einen Schritt vorwärts, kürzen, dann nehmen Sie die Hälfte davon zurück und meinen, das Ganze dann hier auch noch als Erfolg für sich verbuchen und verkaufen zu können. Das ist schon ganz bemerkenswert, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es ist wirklich Begriffsklauberei, was hier passiert. Das, was Sie hier mit Umverteilung titulieren, ist in Wahrheit doch das, was bei dem einen als Kürzung ankommt, bei dem anderen möglicherweise

als Entlastung. Aber lassen Sie uns doch hier nicht um Begriffe streiten! Sie verteilen von den Oberstufen hin zur Inklusion. Ich bin ziemlich sicher, dass diejenigen, die am 22. Mai 2011 Sie auch möglicherweise für bildungspolitische Ziele gewählt haben, genau das nicht gewollt haben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Kollege Kuhn, ich glaube, Sie sind hier der etatmäßige Zwischenrufer. Das ist so Ihre Art und Weise, hier möglicherweise Einfluss nehmen zu wollen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja ein Parlament!)

Ich schlage Ihnen vor, dass Sie sich hier zu Wort melden, wenn Sie etwas sagen wollen, ansonsten lassen Sie diejenigen, die hier vorn stehen, ausreden. Es wäre wirklich ein Gebot der Höflichkeit!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Sie nach meiner festen Überzeugung die Inklusion, die Sie hier im Parlament sicherlich konsensuell vertreten sehen, niemand stellt die Ziele der Inklusion hier infrage, desavouieren, indem Sie möglicherweise die Inklusion zulasten anderer Bereiche stärken. Das gegeneinander Ausspielen unterschiedlicher bildungspolitischer Ziele kann hier nicht unser Ziel sein.

Wir brauchen eine Stärkung der Bildung insgesamt, wir brauchen kein gegeneinander Ausspielen unterschiedlicher Ziele. Sie desavouieren hier diejenigen, die in der Oberstufe tätig sind. Sie desavouieren die Lehrerinnen und Lehrer, die sich seit Jahren um Reformen bemühen, die sich um Qualität und um Vielfalt bemühen. Sie stärken das Bildungswesen nicht, Sie schwächen es, und Sie merken es noch nicht einmal!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was mich hier in der Debatte ein bisschen irritiert, ist der Impuls, dass bei schwierigen Sachverhalten besonders störende Aspekte einfach ausgelassen werden, um dann eine einfache Lösung vorzuschlagen. Das hieße, hier den kniffligen Aspekt, dass wir uns in einem Haushaltsnotland befinden, einfach zu überspringen. Das

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

kann doch auch nicht der richtige Weg sein, und das ist auch nicht der grüne Weg.

Ich habe es ja gerade schon ausgeführt: Unser Vorschlag ist - und da muss ich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, finde ich in Ihrem Antrag durchaus gute Anregungen -, Transparenz und Kommunikation, und zwar untereinander und mit den Betroffenen. Die Daten, die Sie fordern - die fordern Sie ja, wie ich finde, zu Recht -, möchten wir alle kennen, nicht alle unbedingt hier in der Bürgerschaft, sondern in der Bildungsdeputation. Wir haben ja die Sondersitzung gehabt, wir haben die letzte Sitzung gehabt. Uns sind bereits sehr viele dieser von Ihnen jetzt geforderten Daten vorgelegt worden, wir haben sie gemeinsam angeschaut und bewertet. Es stehen noch einige aus, die sind uns zugesagt worden, die werden wir auch bekommen. Diese Daten werden wir wieder gemeinsam prüfen.

Ich schlage vor, schauen wir uns die ganze Angelegenheit fachlich an und sorgen dafür, dass es zu einem möglichst guten Weg für alle kommen kann. Aber es ist doch auch klar, wenn man eine Scheibe Brot hat, dann muss man die so aufteilen, dass jeder satt wird. Derjenige, der noch wachsen muss und der mehr Bedarf hat, bekommt eben ein bisschen mehr, und die anderen bekommen ein bisschen weniger, und dann schauen wir uns das wieder an. Das ist der Vorschlag der Grünen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon eine eigenartige Situation, wenn man sozusagen von einigen genötigt wird, den Haushalt zu überziehen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das haben Sie ganz allein gemacht!)

Es ist eine besonders merkwürdige Doppelstrategie, wenn es einerseits noch eine Woche bis zum Urteil des Staatsgerichtshofs ist, weil man bestimmte Dinge einfordert und die Schuldenbremse haben will, und andererseits bei einer Umschichtung Bedarfskürzungen im Umfang von 25 Vollzeiteneinheiten so ein Theater macht, dass hier angeblich der Scherbenhaufen der Schulreform vorliegt. Das kann man wirklich nicht ernst nehmen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte die Stelle im Bildungskonsens kennenlernen, an der ich gegen den Bildungskonsens verstoßen habe. Darin steht, dass die demografische Rendite ausgenutzt werden soll. Es steht dort sogar eine kleine Einschränkung, wie in anderen Ländern auch, die mir gar nicht so lieb gewesen ist. Es gibt nämlich auch Bundesländer, die das nicht tun.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Die kassieren sie komplett ein!)

Die kassieren kräftig ein, da kann man einmal um sich schauen. Das heißt auch, dass wir, Rot-Grün, in den letzten vier Jahren und auch jetzt in dieser Legislaturperiode genau das einhalten. Wir werden genau das einhalten, was in diesem Bildungskonsens steht. Darin steht nicht, ich kann mein Stellenbudget überziehen. Das hätte Herr Röwekamp wahrscheinlich auch nicht mit mir verhandeln wollen, davon gehe ich einmal aus.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Haben Sie trotzdem gemacht!)

Das werden wir am Ende sehen! Das ist eine Anzeige von mir im Juni aufgrund des Controllings gewesen. Es ist übrigens überall einsehbar, dass wir bei den Zielzahlen über den Zielzahlen, die verabredet sind, liegen. Monetär übrigens - ich werde jetzt einmal ein bisschen technisch - kann es durchaus hinkommen, weil wir nämlich jüngere Lehrer einstellen, die sind etwas „preiswerter“ als ältere, die ausscheiden. Das heißt, am Ende kann ich Ihnen noch gar nicht sagen, ob es rote oder schwarze Zahlen sind, aber ich bemühe mich doch, und das muss doch der Haushaltsgesetzgeber wertschätzen und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie sieht die Schulreform aus? Wir sichern doch gerade mit diesem Bildungskonsens gemeinsam die Verlässlichkeit. Die Verlässlichkeit heißt nicht, ich habe in dem Bildungskonsens versprochen, dass keine einzige Zuweisungsstunde verändert werden darf, das heißt das nicht. Ich habe von Verlässlichkeit bei den Maßnahmen gesprochen, die wir gemeinsam verabredet haben. Das sind die Maßnahmen der Schulreform, und genau die werden wir einhalten, so, wie Sie es eben gesagt haben, Inklusion, die Umstellung in der Schulstruktur und viele andere Punkte mehr. Genau das werden wir einhalten!

Warum ist das so gekommen, und warum so kurzfristig? Oder umgekehrt gefragt: Was würde es bedeuten, wenn ich Ihren Forderungen jetzt nachgeben würde? Das hieße, dass die Schullei-

ter, die vor sechs Wochen selbstverständlich ausführlich über diese Maßnahme informiert worden sind und die dann einen Auftrag vor der Sommerpause bekommen haben, in den sechs Wochen umzuplanen, jetzt eine Runde wieder umplanen müssten. Das kann man doch nicht verantworten, nicht im Ernst! Jetzt nenne ich einmal einige Schulen.

Heute haben wir in einem Zeitungsartikel lesen können, dass eine Schülerin sagt, es sei schwierig, mit 24 Schülerinnen und Schülern in einem Kurs zu sitzen. Wir hatten vor Rot-Grün eine Obergrenze für Grundschulen, die bei 27 Schülerinnen und Schülern lag. Wir haben jetzt eine Obergrenze von 24. Wir sind darunter! Wir haben relativ hohe Kursfrequenzen in der Oberstufe in Bremen. Sie werden nur nicht gebildet, und deshalb fehlen die Stunden, sie werden nicht gebildet. Ich sage einmal, was gebildet wird, zum Beispiel ein Kurs in Chemie - ich freue mich übrigens, wenn Chemiekurse da sind - mit 13, 19, 19, 14 Schülern. Der Chemiekurs ist umgestaltet worden zu drei Kursen mit 13, 23, 25 Schülerinnen und Schülern. Ist das unerträglich? Oder Politikurse, sechs Kurse, 18, 23, 25, 27, 14, 12. Warum ist das so gestaltet? Keine Ahnung! Jetzt sind es 18, 23, 22, 26, 21. Ist das das Chaos? Ist das der Zusammenbruch? Ist das der Scherbenhaufen der Schulreform? Das hat mit Schulreform gar nichts zu tun. Das ist falsche Kursbildung und nichts anderes!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe übrigens hier eine Schule zitiert, die durchaus an der Spitze der Probleme steht und die mehrmals in der Zeitung stand. Ich kann gern weitere Kursbildungen vorlegen! Ich finde es absolut verantwortlich, dass der Schulleiter oder die Schulleitung die Kursbildung jetzt anders vorgenommen hat, um mit den Stunden in der Oberstufe besser zurechtzukommen.

Sie waren noch nicht in der Deputation, Herr Dr. vom Bruch auch nicht, dafür können Sie nichts, als wir über den Schulentwicklungsplan diskutiert haben. Dieser Schulentwicklungsplan beinhaltete eine Analyse der Ist-Situation. Wir haben uns meines Erachtens einvernehmlich verständigt, wenn wir umschichten, dann immer zugunsten der Kleinen, der Grundschulen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich dachte, dass gerade DIE LINKE das auch fordern würde!)

Ich wundere mich jetzt, dass es genau anders herum geht. Wir haben jetzt inzwischen eine Menge für die Grundschulen getan. Wir haben den Sozialstrukturausgleich verbessert, wir haben jetzt noch einmal Stunden hineingegeben. Ich glaube, das, was wir hier in diesem Umfang machen, ist durchaus verantwortlich.

Es ist kein guter Zeitpunkt, das habe ich Ihnen auch gesagt. Ich habe mich bei meinen betroffenen Schulleitern auch dafür entschuldigt, aber er ließ sich nicht anders steuern. Wenn ich noch etwas bewirken will, muss ich es vor der Sommerpause machen. Ab dem 1. August gibt es keine Möglichkeiten mehr, in einem Personalhaushalt etwas zu steuern, erst wieder im nächsten Jahr, zum 1. Februar, von daher war das der äußerste Termin, kein glücklicher.

Ich hoffe auch, dass wir den nicht wiederholen müssen. Wir werden das für das nächste Mal sehr sorgfältig machen, aber wir haben zusammen eine Entscheidung getroffen. Auch da waren Sie nicht dabei, aber Sie kennen die Entscheidung, nämlich dass wir den Eltern, die Inklusion wollen, einen Platz in der Regelschule geben.

Ich habe allerdings im Dezember, das gebe ich zu, gesagt, ich würde die Aufnahmekapazitäten gern beschränken, weil ich meine, dass die Stellsituation damit nicht hinkommt. Es hat sich gezeigt, dass wir eine Menge zusätzlicher Klassenbildungen dadurch machen mussten, weil das regional ungünstig verteilt ist. Wir schicken die Kinder ja nicht quer durch die Stadt. Das heißt, das schönste Beispiel ist, sieben Kinder, die sozusagen noch einen Regelplatz haben mussten, die haben sieben neue Klassen erfordert, nicht, weil sie einzeln in einer Klasse sitzen, sondern weil sie an verschiedenen Stellen eine Klassenneubildung erfordert haben.

Das sind natürlich Ressourcenwirkungen, die entstehen. Deshalb habe ich im Dezember auch keine angenehme Debatte gehabt, als ich gesagt habe, wir begrenzen die Aufnahmekapazitäten, weil das im nächsten Jahr im Haushalt eng wird. Es haben alle geschrien, ja, natürlich, machen, möglichst allen einen Platz geben, habe ich der Presse entnommen, nicht Sie persönlich, und auch da war dann angeblich der Bildungskonsens gefährdet, ist er aber nicht!

Wir haben einen Entwicklungsplan Inklusion, der sagt eigentlich, dass wir schrittweise bis 2017/18 vorangehen wollen. Wir sind jetzt in zwei Aufnahmerunden bei 87 Prozent der Eltern von behinderten Kindern, die einen Regelplatz haben. Natürlich hat das Wirkungen auf einen Haushalt und ist nicht leicht. Wenn Sie behaupten, dass meine

Behörde das nicht steuern kann - es gibt auch kein Beispiel in der Bundesrepublik, wo so etwas bisher verkraftet worden ist, davor würden alle anderen Angst bekommen -, dann sage ich, wir schaffen das, und wir schaffen das gemeinsam mit unseren Schulleitungen. Natürlich haben die geknurr. Aber im Ernst, wenn ich mir die Zahlen anschau, und wir überprüfen ja gerade jetzt noch einmal und werden es auch noch einmal der Deputation vorlegen, dabei wird kein Schüler gefährdet.

Dass einige Schulleiter die Q-Phase benutzt haben, was sie eigentlich nicht sollten, und dass die großen Zahlen im Augenblick im dreizehnten beziehungsweise zwölften Jahrgang, also in der Q-2-Phase, liegen, das ist natürlich so. Dort ist nämlich der Doppeljahrgang, und es fällt ihnen dort leichter, Kurse zu verändern. Sie sollten es eigentlich in der Einführungsphase tun, aber auch das werde ich nicht mehr korrigieren.

Wir haben jetzt festgestellt, dass sie es in allen Phasen getan haben. In dem Politikkurs, den ich eben genannt habe, ist es auch so geschehen. Ich werde es nicht mehr rückgängig machen. Es ist doch Unsinn, wenn jetzt der Unterricht angefangen hat, und sie sitzen in fünf Politikkursen mit 18, 23, 22, 26 und 21 Schülerinnen und Schülern. Das ist ein frei wählbarer Politikkurs, der nichts mit der Prüfung zu tun hat, es ist also kein Prüfungskurs, kein Profilkurs. Dass das nicht funktionieren soll, kann mir keiner erzählen!

Ich habe selbst Oberstufenunterricht - es ist schon lange her - gegeben. Ich habe auch Naturwissenschaften unterrichtet. Ich habe nie Kurse mit 18, 14 oder mit 13 Schülerinnen und Schülern gehabt. Es wäre schön gewesen, und es ist auch sinnvoll, Naturwissenschaften in kleinen Kursen zu unterrichten. Dass die Schulleiter ein Anliegen haben, auch diese Kurse besetzen zu wollen, finde ich gut, aber wir haben Ressourcenbegrenzungen, und die müssen auch beachtet werden. Deshalb denke ich, es ist weder die Schulreform durch diese Maßnahme gefährdet, noch verletzen wir den Bildungskonsens, im Gegenteil!

Ich finde, an der Stelle können wir alle gemeinsam stolz darauf sein, dass der 1. August 2011 sozusagen die Vollendung war, denn es sind inzwischen alle Schulen entweder Gymnasien oder Oberschulen, und wir haben dabei noch vier neue nach dem Schulgesetz gegründet. Das heißt, wir sind jetzt in der Struktur so, wie wir sie gemeinsam haben wollten, und es ist alles erfüllt.

Ich habe für die Inklusion gekämpft, wie ein Löwe,

- das sage ich hier auch ganz deutlich -, dass jeder Standard, den wir versprochen haben, auch eingehalten wird. Ich habe wirklich gekämpft, es war nicht ganz einfach. Natürlich haben wir auch Begrenzungen durch die Haushaltslage, aber wir sind bestimmt keine Koalition, die an so einer Stelle nicht das Wort hält und an Bildung spart. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/22 S, Neufassung der Drucksachen-Nummer 18/20 S, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/24 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1
vom 18. August 2011
(Drucksache 18/21 S)**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über die Petitionen S 17/448 und S 17/449 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich bedanke mich, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag.

(Schluss der Sitzung 16.04 Uhr)